



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

150. Sitzung, Montag, 25. Januar 2010, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 9846
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 9846
- Rückzug eines Vorstosses Seite 9846
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... Seite 9846

2. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2011 bis 2014 (KEF 2011–2014)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 7. Januar 2010

KR-Nr. [10/2010](#)..... Seite 9847

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung der EVP-Fraktion zu den Boni der Banken*..... Seite 9873

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf drei Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. [328/2009](#), Inventar schutzwürdiger Bauten im Kanton
Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt)
- KR-Nr. [382/2009](#), Förderpreis für «innovative» Entwicklungsprojekte an Schulen
Thomas Ziegler (EVP, Elgg)
- KR-Nr. [398/2009](#), Offene Verfahrensfragen beim Referendum mit
Gegenvorschlag von Stimmberechtigten
Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Geschäftsprüfungskommission:

- **Fristerstreckung für Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 297/2006 betreffend Zutritt zum Ratssaal für Rollstuhlfahrende, KR-Nr. [297a/2006](#)**
Beschluss des Kantonsrates

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Polizeiorganisationsgesetz**
Vorlage [4659](#)

Rückzug eines Vorstosses

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Babara Steinemann hat ihre Parlamentarische Initiative [16/2010](#) betreffend Abschaffung der erleichterten Einbürgerung zurückgezogen.

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 149. Sitzung vom 18. Januar 2010, 8.15 Uhr

2. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2011 bis 2014 (KEF 2011–2014)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 7. Januar 2010

KR-Nr. [10/2010](#)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Eintreten auf das Geschäft ist obligatorisch. Der Rat ist gesetzlich verpflichtet, die eingereichten KEF-Erklärungen zu beraten. Er kann die einzelnen Erklärungen zurückweisen oder nicht überweisen. Wir halten keine Grundsatzdebatte, es erfolgt direkt eine Detailberatung der einzelnen KEF-Erklärungen nach Direktion geordnet mit folgender Reihenfolge der Worterteilung: Bei einer Kommissionserklärung kommt zuerst das Kommissionspräsidium, dann die allfällige Kommissionsminderheit, dann die übrigen Ratsmitglieder, zum Schluss die Mitglieder des Regierungsrates. Dann erfolgt die Abstimmung. Bei einer Einzelerklärung hat das Wort zuerst das einreichende Ratsmitglied, dann das Kommissionspräsidium, allfällige Kommissionsminderheiten, dann die übrigen Ratsmitglieder, zum Schluss das Mitglied des Regierungsrates. Dann erfolgt die Abstimmung. Eine Schlussabstimmung wird nicht durchgeführt.

Ich habe noch eine Mitteilung betreffend die Reihenfolge der KEF-Erklärungen. Die KEF-Erklärungen Nummern 27, 10 und 11 behandeln wir nacheinander zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung.

Sie sind damit einverstanden.

1

Plafonierung Personalaufwand (Strafverfolgung Erwachsener)
(René Isler)

René Isler (SVP, Winterthur): Die KEF-Erklärung ist kurz begründet. Es geht darum, dass die Personalkosten beziehungsweise deren Aufwand innerhalb der Leistungsgruppe Strafverfolgung Erwachsener saldoneutral in den KEF eingestellt werden. Wie bereits schon während der Budgetdebatte ausführlich begründet, sind ja aufgrund der angespannten Finanzsituation auch die Personalkosten saldoneutral einzustellen, beziehungsweise dort, wo sie unumgänglich sind, sei auf zusätzliche Stellen und Personalmassnahmen zu verzichten. Wenn wir den Gesamtaufwand in dieser Leistungsgruppe Nummer 2204 an-

schauen, dann reden wir von nicht einmal 1 Prozent. Das sind 0,72 Prozent, die wir da bremsend einfügen wollen.

Dies mag ja eventuell nicht unbedingt das Ei des Kolumbus sein, ist aber in dieser finanziellen Situation, die sich dem Kanton Zürich zurzeit präsentiert, sicher massvoller, als wenn irgendwann einmal der Regierungsrat dazukommen und sagen muss «Diese und diese Leistung machen wir überhaupt nicht mehr».

Ich bitte Sie, diese KEF-Erklärung zu überweisen.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Da wir heute keine Grundsatzdebatte führen, bin ich gezwungen, etwas beim Antrag 1 zu sagen, das auch einigermaßen grundsätzlich ist. Ich muss Ihnen sagen: Wir von der CVP haben uns lange überlegt, ob wir heute überhaupt kommen sollen. Wie Sie wissen, stehen wir dem diesjährigen KEF sehr skeptisch gegenüber und wir haben ihn auch von Anfang an abgelehnt und – wie übrigens auch die Mehrheit des Kantonsrates – negativ zur Kenntnis genommen. Wir sind jetzt trotzdem hier. Sie werden sagen: «Das ist halt CVP, staatstragend.» Und so sind wir natürlich. Aber ich kann Ihnen sagen, wir werden uns sehr zurückhaltend äussern in dieser Debatte und wir werden auch nur sehr zurückhaltend Anträge unterstützen. Wir werden jene Anträge unterstützen, die aus unserer Sicht wirklich ein strategisches Format haben. Wir werden keine Detailanträge unterstützen wie dieser von René Isler, den er gerade begründet hat. Und wir werden uns bei Anträgen, die wir in der Budgetdebatte unterstützt haben, die wir aber nicht als strategisch sinnvoll erachten, enthalten.

Vielleicht jetzt, um der Form Genüge zu tun, auch noch ein paar Worte zum Antrag 1 von René Isler: Dieser Antrag ist aus unserer Sicht sachlich nicht gerechtfertigt, denn die neue Strafprozessordnung führt zu den Mehraufwendungen im Bereich der Staatsanwaltschaften. Der Aufwand ist daher, nicht zuletzt aus gesetzlichen Gründen, gerechtfertigt. Wir lehnen ihn ab. Dankeschön.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Noch ein kleiner Seitenhieb zur CVP: Ob diese KEF-Erklärungen oder überhaupt dieser KEF sinnvoll sind oder nicht, steht hier nicht zur Debatte. Stellen Sie sich vor: Wir spielen ein Fussballspiel. Und das haben wir bereits gemacht. Wir stehen in der 70. Minute, weil wir das Budget ja bereits letztes Jahr noch in mühsamer Arbeit «durchgeknüttelt» haben.

Jetzt sind wir in der 70. Minute, und Sie, liebe CVP-lerinnen und CVP-ler kommen und sagen: «Kniff, wir stellen jetzt noch für die letzten 20 Minuten eine neue Regel auf.» Das ist ein solcher Unsinn! Ich bitte Sie, dennoch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit jetzt halt diesen KEF so zu bearbeiten, wie wir uns auch in den entsprechenden Kommissionen und in den Fraktionen redlich Mühe gegeben haben. Wenn diese Übung, der diesjährige KEF gegangen ist, lieber Philipp Kutter, können wir uns ja dann irgendwann nochmals überlegen, wie sinnvoll dieser KEF ist. Aber jetzt sind wir in der 70. Minute und ich bitte euch, sich in Ernsthaftigkeit auch diesem KEF anzunehmen. Herzlichen Dank.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion schliesst sich in weiten Teilen der CVP-Erklärung an. Wir sind der Meinung, dass die Ernsthaftigkeit dieser Debatte nicht infrage gestellt ist, wenn man davon ausgeht, dass die Verantwortung für die Einreichung von KEF-Erklärungen, die nicht relevant sind, ebenfalls ernst genommen werden müsste. In diesem Sinne haben wir heute keine Budget- und keine KEF-Debatte, sondern wir haben einige Erklärungen abzugeben. Und es ist das gute Recht der Fraktionen und dieses Parlaments, unwesentliche Erklärungen oder solche, die man nicht so gewichtet, auch entsprechend kurz abzuhandeln. Wir möchten ja den Steuerzahler nicht unnötig mit Entschädigungen belasten. Und wenn wir heute fertig werden, ist das besser, als wenn wir morgen auch kommen müssen.

Liebe Esther (*Ratspräsidentin Esther Hildebrand*), ich will damit nicht die politische Debatte unterbinden, sondern ich möchte klar darauf hinweisen, dass auch eine Priorisierung von KEF-Erklärungen durchaus sinnvoll und nötig ist. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 1 mit 95 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Reduktion Therapie- und Betreuungsaufwand für Insassen mit stationären Massnahmen

(René Isler)

René Isler (SVP, Winterthur): Analog dem Budget auch da eine KEF-Erklärung für eine Reduktion beziehungsweise eine Plafonierung der Therapie- und Betreuungsaufwände für Insassen mit stationären Massnahmen. Der Therapie- und Betreuungsaufwand für Insassen mit stationären Massnahmen sind saldoneutral einzustellen beziehungsweise dürfen keinen Mehraufwand mehr ergeben. Auch da ist vor allem aufgrund der angespannten Finanzsituation des Kantons Zürich auf jeglichen weiteren Ausbau des Therapie- und Betreuungsaufwands zu verzichten. Für den Therapie- und Betreuungsaufwand – wir haben es vor nicht zu langer Zeit auch durch ein Postulat ([72/2008](#)) meiner Kollegin Rosmarie Frehsner gehört – fehlen jegliche Parameter, wenn man diese nicht so ausdeutscht, nach welchen Messgrössen diese Aufwände überhaupt eingestellt werden sollen. Dass es Therapien und Betreuungen braucht, darüber sind wir uns einig. Aber wird denken, das jetzige Mass sollte nicht weiter überschritten werden. Ich bitte Sie, dieser KEF-Erklärung in positivem Sinne zuzustimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 2 mit 86 : 54 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) ab.

Reduktion Erhöhung Opferhilfebeiträge an Private und Beiträge an Beratungsstellen

(René Isler)

René Isler (SVP, Winterthur): Auch da ein Ausfluss aus der Budgetdebatte. Auf die Erhöhung von Opferhilfebeiträgen an private Institutionen und Beiträge an Beratungsstellen ist zu verzichten. Die Begründung ist ganz mannigfaltig beziehungsweise nachvollziehbar: Opferhilfebeiträge an Private sowie Beiträge an Beratungsstellen sollten wenn immer möglich durch Täterinnen und Täter, nach dem Verursacherprinzip eingefordert werden. Weiter sind Beiträge an Beratungs-

stellen für rein bürokratische beziehungsweise administrative Aufgaben saldoneutral einzustellen. Wir stellen einfach fest: Durch das GSG (*Gewaltschutzgesetz*) hervorgerufen, haben Beratungsstellen, auch private Beratungsstellen, in der ganzen Opferhilfe eine zunehmende Konkurrenzierung. Es gibt immer mehr Opferhilfestellen auf privater Seite, die sich an diesem Kuchen beteiligen wollen. Dass man Opfern, definitiv Opfern von Gewalttaten, beisteht, dass diese auch Entgelte erhalten, um zu ihrem Recht zu kommen, ist ja unbestritten. Aber es ist bei den Beratungsstellen, vor allem auch bei den privaten Beratungsstellen, ähnlich wie zum Teil bei gewissen Hilfswerken so, dass ein grosser Teil oder ein zu grosser Teil dieser Beiträge eben für reine Administrativaufgaben dahingerafft werden wird. So gesehen sind Opferhilfebeiträge vor allem Beiträge für die Institutionen und weniger für die betroffenen Personen. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie alle, diese KEF-Erklärung zu überweisen. Herzlichen Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich): René Isler, Sie schieben einfach den Schwarzen Peter auf die Opfer, indem Sie sagen, ja zuerst müsse die Täterin oder der Täter bezahlen. Das ist schon im Gesetz so, das ist völlig klar. Nur haben in der Regel die Täterinnen und die Täter gar kein Geld. Deshalb muss eben subsidiär zuletzt die Opferhilfestelle einspringen. Das ist so. Und wenn Sie die Mittel kürzen, bewirken Sie gar nichts, weil diese ja gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Opferhilfestelle muss so oder so zahlen. Also hören Sie auf mit solcher Augenwischerei-Politik, die schlussendlich noch auf Kosten der Opfer geht.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 3 mit 81 : 76 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann
(Martin Farner)

Katharina Kull (FDP, Zollikon), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Mehrheit der STGK unterstützt diese KEF-Erklärung, die als Weiterführung des Budgetantrags zu verstehen ist. Damit soll sichergestellt werden, dass der Saldo des Globalbudgets dieser Fachstelle auch in den Jahren ab 2011 bei 1 Million Franken plafoniert bleibt. Dieser Schritt wird als nötig erachtet, nachdem der Aufwand der Fachstelle in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Eine Plafonierung des Aufwands rechtfertigt sich einerseits dadurch, dass die Fachstelle trotzdem noch einen angemessenen Handlungsspielraum hat, um ihre verfassungsmässigen Aufgaben wahrnehmen zu können. Andererseits ist sie als ein – wenn auch bescheidener – Beitrag zur Sanierung des Haushaltes zu verstehen. Danke.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Ich beantrage Ihnen mit einer Minderheit der STGK und der SP-Fraktion, diese KEF-Erklärung abzulehnen. Wir haben von unserer Fraktion bereits anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2009 ausführlich dargelegt, warum wir es als ein Unding betrachten, bei dieser Fachstelle zu sparen. Sie wollen mit dieser KEF-Erklärung zwar nicht mehr sparen, aber die Ausgaben auf dem Stand von 2010 einfrieren. Sie haben offensichtlich andere politische Prioritäten als wir. In Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau gibt es immer noch einen grossen Handlungsbedarf. Den Verfassungsgrundsätzen von Bund und Kantonen wird ungenügend nachgelebt. In der Gleichstellung im Berufsleben wie auch bei der Bildung, bei der Gewaltprävention oder bei der sexuellen Belästigung sind Aktivitäten nötig. Wir wollen die Projekte der Fachstelle nicht gefährden. Wir wollen uns auch nicht den Weg verbauen, uns als sinnvoll erscheinende neue Projekte zu finanzieren. Es überrascht uns einmal mehr, wie die bürgerlichen Mitte-Parteien diesen Sparkurs bei der Gleichstellung mitmachen. Im Ernst: Die Finanzprobleme des Kantons Zürich sind struktureller Art und können nicht mit solchen «Pflästerli» gelöst werden. Wir bewegen uns hier etwa im Bereich von 0,05 Steuerpromillen. Also wenn Sie hier im Ernst finanzpolitisch argumentieren, nehmen wir Ihnen das nicht ab. Es geht Ihnen um eine

Disziplinierungsmassnahme einer ungeliebten Fachstelle, die manchmal ungeschminkte Wahrheiten auftischt. Die SP-Fraktion will sich nichts verbauen und das Budget der Fachstelle weiterhin auf dessen Wirkung beurteilen können. Wir lehnen diese KEF-Erklärung ab.

Ornella Ferro (Grüne, Uster): Auch die Grünen werden diese KEF-Erklärung nicht unterstützen. Wenn Sie sagen, Katharina Kull, dass die Fachstelle trotz der Plafonierung ihre Aufgaben wahrnehmen kann, dann stimmt das zum einen. Aber sie wird ihre Ziele nicht erreichen können, und zwar die Ziele von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit oder das Ziel, die geschlechtsspezifische Berufswahl zu verändern, damit Mädchen und Jungs nicht mehr nur die Berufe wählen, die sie schon kennen, sondern eben ihren Horizont erweitern, oder eben zum Thema «Opfer von häuslicher Gewalt», Themen, die Frauen und Männer zu gleichen Teilen betreffen. Da wird ein Stopp gemacht. Und das zeigt gegen aussen, dass uns die Gleichstellung nicht mehr wichtig ist. Das ist das, was wir damit ausdrücken: Ein bisschen «Pflästerli-Politik» mit 1 Million Franken, ja, das ist nett. Aber damit erreichen wir nicht, was wir einmal entschieden haben. Darum werden die Grünen ganz entschieden Nein sagen.

Ernst Meyer (SVP, Andelfingen): Die SVP wird diesen Antrag unterstützen. In Zeiten eingeschränkter Finanzen ist auch hier ein Beitrag zu leisten, wie wir ja bereits in der Budgetdebatte darüber diskutiert haben. Die Begründung ist zudem von der Präsidentin der STGK geliefert worden. Man müsste sich hier sogar die Frage stellen, ob nicht die Fachstelle abgeschafft werden kann, nachdem die Gleichberechtigung eigentlich über grosse Strecken realisiert ist und hier noch ein grösserer Spareffekt erzielt werden könnte. Ich bitte Sie, unterstützen Sie diesen KEF-Antrag.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 4 mit 94 : 56 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Stabilisierung Personal- und Mietkosten und Streichung Sitzungsgelder für die Härtefallkommission

(René Isler)

René Isler (SVP, Winterthur): Auch da ein Auswuchs aus der Budgetdebatte. Auch hier geht es darum, die Kosten etwas tiefer zu halten. Die Personal- und Mietkosten sind stabil zu halten, da ja die Passzentren Ersatz für die bisherigen Passbüros sein sollten. Weiter sind keine Sitzungsgelder für die Härtefallkommission einzusetzen. Der Personaletat durch die Einführung des biometrischen Passes muss saldonutral eingestellt werden, weil ja die Mietkosten Ersatz der bisherigen Passbüros sind. Auch die Sitzungsgelder für die Härtefallkommission sind unserer Meinung nach zu streichen, weil schon die ganze Härtefallkommission eigentlich gegen den Willen und auch gegen eine gewisse Rechtsstaatlichkeit hervorgerufen wurde. Ich bitte Sie, diese KEF-Erklärung zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Das Passzentrum ist eine vom Bundesgesetz vorgeschriebene Aufgabe. Sie wissen, dass in einer denkwürdigen Volksabstimmung auch das Schweizer Volk Ja gesagt hat. Wir müssen neu für 171 Gemeinden diese Aufgaben erfüllen. Und noch zum Finanziellen: Es ist geplant, dass mindestens 1,5 Millionen Franken Ertragsüberschuss aus dieser Tätigkeit erfolgen soll. Es ist also ein ertragsreiches Geschäft.

Die Härtefallkommission hat eine Entschädigung zugut. Es ist im Personalgesetz geregelt, dass Kommissionen eine Entschädigung zugute haben. Das Gesetz hat der Kantonsrat erlassen. Ich bitte Sie in diesem Sinne im Namen des Regierungsrates, diese Erklärung abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 5 mit 87 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Prüfungsintervalle für leichte Motorwagen und Motorräder
(René Isler)

René Isler (SVP, Winterthur): Auch da eine KEF-Erklärung, die wir schon während des Budgets aufgenommen haben, und zwar: Die Prüfungsintervalle für neu immatrikulierte leichte Motorwagen und Motorräder sind nach dem absoluten Maximum auszurichten, um so zusätzliche Aufwände zu verhindern. Leichte Motorwagen und Motorräder der neuesten Generationen ab 2005 haben heute oftmals bereits ab den jeweiligen Werken Garantien bis zu sechs Jahren oder 100'000 gefahrenen Kilometern. Trotz der genannten verbindlichen Werksgarantien – und das können Sie mir glauben, es gibt kein Werk, keine grossen Industriewerke, die mehr geben, als sie müssen, das ist wie mit den Versicherungen –, trotz dieser verbindlichen Werkgarantien müssen leichte Motorwagen und Motorräder sich bereits nach vier Jahren einer periodischen Fahrzeugprüfung unterziehen. Selbstverständlich ist das auch so ein unsägliches EU-Recht, das wir da übernommen haben, könnte man meinen. Nur, die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied ist meines Wissens das einzige Land, das sich an diesen Buchstaben hält, glauben Sie mir. Ich lade Sie sonst gerne einmal ein, mit mir auf die Strasse zu gehen. Dann schauen wir mal die ausländischen Fahrzeuge an, notabene alle, die irgendwo im europäischen Raum immatrikuliert sind. Nach vier Jahren ein Fahrzeug auf dem Strassenverkehrsamt zu prüfen, macht eigentlich nebst Deutschland – auch dort auf privater Basis – niemand. Und niemand ist niemand. Gut zu erklären und jeweils auf den Versicherungsplaketten ersichtlich, die viele europäische Länder an ihrer Frontscheibe anbringen müssen, sehen Sie auch die Prüfungsintervalle. Jetzt könnte man sagen, da leide ja eventuell auch die Verkehrssicherheit. Nein, eben gerade nicht! Wer schon mal oder auch erst kürzlich ein Motorfahrzeug, einen leichten Motorwagen oder ein neueres Motorrad, im Strassenverkehrsamt vorgeführt hat, hat sich vielleicht auch gewundert, wie rasch das alles geht. Anfänglich, in meinen Jugendjahren, hatte man ein Prüfungsintervall von einer halben Stunde. Dann wurde auf 25 Minuten gesenkt, dann auf 20 Minuten. Und heute sind wir irgendwo bei einer Viertelstunde, wenn es hoch kommt. Was wird noch gross geprüft? Es sind Motor, Chassis-Nummer, es wird auf die Dichtheit der Flüssigkeitsbehälter geschaut, das Öl und Benzin, es werden ein Bremscheck

in der Dunkelkammer und ein Abgastest gemacht und dann wird noch geschaut, ob der Tacho eventuell noch etwelche Abweichungen hat, und das ist es. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, diese KEF-Erklärung so zu unterstützen.

Noch als Letztes: Selbstverständlich von diesem Antrag nicht betroffen werden sollte – was auch heute so ist: Wenn jemand Änderungen an seinem Fahrzeug vornimmt, die einen Eintrag brauchen, sei es Leistungserhöhung, sei es am Fahrwerk, Änderungen bei Sachtransportanhänger-Immatrikulationen – dasselbe selbstverständlich auch bei Motorrädern –, wenn Sie einen Eingriff vornehmen, der zwingend auch nach VTS (*Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge*) vorgeführt werden muss, solche Fahrzeuge sind bei dieser KEF-Erklärung nicht betroffen, so auch Unfallfahrzeuge, die nach einem grösseren Sachschaden wieder repariert werden. Selbstverständlich müssen solche Fahrzeuge, wie bis anhin auch, vorgeführt werden. Ich bitte Sie, diese wirklich sehr gute KEF-Erklärung im Sinne einer Effizienzsteigerung und einer nachhaltigen Prüfung der bisherigen Methoden zu überweisen. Herzlichen Dank.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Wir sind hier nicht im Nationalrat meines Wissens, wir sind im Kantonsrat. Es geht hier um Bundesrecht, konkret um das Strassenverkehrsgesetz, das die Prüfungsintervalle zwingend vorschreibt. Wenn Sie das ändern wollen aus materiellen Überlegungen, René Isler, dann müssen Sie einen Nationalrat oder eine nationalrätliche Kommission bitten, hier Abhilfe zu schaffen. Ich muss Ihnen sagen, hier ist das für diese Frage nicht richtige Gremium. Ich bitte Sie, diese KEF-Erklärung abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 6 mit 91 : 65 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) ab.

Eindämmung des Ausgabenwachstums für die Jahre 2011 bis 2014 im Staatshaushalt

(Hans-Peter Portmann, Katharina Weibel und Thomas Vogel)

Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil): Bereits der Titel dieser KEF-Erklärung trifft eigentlich eines der Kernprobleme unserer heutigen Staatsfinanzen: Es ist das Ausgabenwachstum. Und alle jene, die uns nachher sagen wollen, wir hätten hier einen Sparvorstoss und wollten den Staat zu Tode sparen, denen widerspreche ich jetzt gleich zu Beginn. So wie es hier steht, geht es um die Eindämmung des Ausgabenwachstums. Wer Ausgabenwachstum wirklich langfristig, nachhaltig auf ein vernünftiges Niveau bringen will, der muss gewisse Eckwerte beachten. Ein Eckwert ist die Langfristigkeit. Sie können nicht einfach nur im Budgetprozess das Ausgabenwachstum wirklich in einer genügenden Zeit zurückbringen, Sie können dort Einzelkorrekturen machen, also steht uns dazu wirklich nur das Instrument des KEF zur Verfügung.

Sie haben aber auch gewisse gesetzliche Vorgaben und diese müssen Sie einhalten. Darum fordern wir in Punkt eins, dass dieses Ausgabenwachstum auf dem Stand des Budgets 2010, aber immer zusätzlich der Jahresteuierung, die darauf geschlagen wird, eingehalten wird. Sie wissen zum Beispiel, dass wir per Gesetz beim Personal, bei den Löhnen verpflichtet sind, die Teuerung weiterzugeben. Wir wissen aber auch, dass wir sogenannte exogene Faktoren haben. Das heisst, wir haben zum Beispiel vom Bundesrecht her ebenfalls immer wieder Aufgaben zu erfüllen, die wir zu unseren kantonalen Aufgaben zuschlagen müssen, und um diese können wir uns nicht drücken.

Darum sagen wir klar in Punkt zwei: Wir wollen, dass die Regierung uns jeweils diese zusätzlichen Aufgaben des Bundes zum Beispiel separat auflistet. Und wir fordern ebenfalls von der Regierung, dass sie diese Aufgaben aber nur mit der Minimallösung erfüllt. Ich erinnere mich an den Abstimmungskampf des nationalen Finanzausgleichs. Damals war ich kritisch, ich war nicht sehr begeistert als Zürcher. Damals hat man uns versprochen, dass der Kanton Zürich dadurch aber auch sehr vieles einsparen wird an Aufgaben, die er nicht mehr erfüllen wird. Was ist geschehen? Leider ist dies nicht geschehen. Leider aber haben wir seither auch einige Bundesaufgaben – ich sage

das – mit einer Luxusvariante umgesetzt. Dies muss korrigiert werden, das haben wir unserem Stimmvolk versprochen.

Und der dritte Punkt: Selbstverständlich müssen wir auch Disziplin walten lassen. Es gibt auch kantonale Gesetze, die immer wieder zu Mehrausgaben verpflichten. Aber hier können wir selber handeln, indem wir entweder als Kantonsrat uns jetzt in den kommenden vier Jahren wirklich überlegen, was wir uns hier noch aufbrummen wollen, und indem auch die Regierung in diesem Bereich frühzeitig erkennt, wenn ein Ausgabenwachstum ansteht, damit man dies anders löst, sprich, dass man allenfalls auch Gesetzesänderungen vorschlägt.

Mit diesem KEF-Vorschlag geben Sie der Regierung die Möglichkeit, selber, eigenständig ihre Aufgaben, ihre Schwerpunkte der Aufgaben über vier Jahre so zu verschieben, dass sie saldoneutral sind. Ich habe Ihnen vorhin gesagt: Wenn Sie uns hier jeweils immer wieder, alle Jahre wieder oder mehrmals im Jahr beschimpfen, wir würden diesen Staat zu Tode sparen, wir hätten Steuergeschenke gemacht und damit Mittel entzogen, dann möchte ich Ihnen jetzt doch noch einmal ein paar Fakten dazu sagen: Tatsache ist, dass sich das Steuereinkommen trotz einiger Steuererleichterungen in den letzten zehn Jahren um 23 Prozent gesteigert hat. Aber das Ausgabenwachstum hat sich in den letzten fünf Jahren um 25 Prozent gesteigert. Und wenn Sie sich jetzt nämlich einmal anschauen – nehmen wir die gleiche Zeitperiode –, dass die Bevölkerung im Kanton Zürich um etwa 9 Prozent gewachsen ist, so geben wir im gleichen Zeitraum für öffentliche Sicherheit 12 Prozent mehr aus, für Bildung 22 Prozent mehr, für Kultur 15 Prozent, Gesundheit 23 Prozent, soziale Wohlfahrt 38 Prozent, Verkehr/ÖV 26 Prozent und für die Strassen, also Individualverkehr 36 Prozent. Erzählen Sie uns also nicht dauernd, wir würden diesen Staat zu Tode sparen, wir würden die Aufgaben nicht mehr erfüllen! Das Gegenteil ist der Fall: Überproportional zu den Einnahmen und überproportional zur Teuerung und überproportional zum Bevölkerungswachstum geben wir hier mehr aus. Und das Ergebnis für die nächsten vier Jahre wird ein jährliches Defizit von 1,3 Milliarden Franken sein. Es wird unser Eigenkapital um die Hälfte schwinden lassen. Und wenn wir das sogar nach der alten Eigenkapitalberechnung berechnen würden, wäre dieser Staat verschuldet. Ein Privatunternehmen müsste den Konkurs anmelden. Das dürfen wir nicht zulassen für unsere nachfolgenden Generationen. Und mit dieser KEF-Erklärung können Sie einen wirksamen Teil dazu beitragen, damit wir dieses Aufgabewachstum nun in den Griff bekommen.

Ich erwarte hier vom Kantonsrat, dass Sie jetzt klar Farbe bekennen. All jene, die immer von einem gesunden Staatshaushalt sprechen, können sich hier dieser KEF-Erklärung nicht mehr erwehren. Und ich erwarte von der Regierung – und auch der SVP-Fraktion –, dass sie diese KEF-Erklärung übernimmt. Wir würden es nicht verstehen, wie man ein neues Sanierungsprogramm schnüren kann, ohne das Ausgabenwachstum im Griff zu haben. Ich persönlich erwarte sogar von der bürgerlichen Mehrheit, dass sie hier klar ihre Wahlversprechen einhält. Ich habe damals mit einer Mehrheit der Zürcher Bevölkerung diese Regierung gewählt. Und ich will jetzt sehen, ob das, was auf der Verpackung damals stand, auch dem Inhalt entspricht. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Regierung zur Wiederwahl antreten kann, ohne hier nicht ihre Versprechen, was gesunde Staatsfinanzen anbelangt, einzuhalten. Ich danke Ihnen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Bei dieser KEF-Erklärung handelt es sich wohl um eine sanfte FDP-Version der nachfolgenden Erklärung 8 von der Grünliberalen Partei und der SVP. So hat die FDP eingesehen, dass der betriebliche Aufwand unserer Staatsrechnung nicht ins Unermessliche anwachsen kann, und möchte diesen Aufwand künftig auch auf dem Budget 2010 festlegen. An und für sich eine korrekte Forderung, zu der man gratulieren kann. Dann aber kommt der Softie-Aspekt zum Zuge: Man will in dieser Forderung noch die Jahresteuern – zurzeit haben wir ja praktisch keine aufzuweisen – einbauen. Dann kommen diverse Wenn und Aber und schon kriegt die Regierung die Möglichkeit, immer wieder Gründe anzuführen, warum eben gerade in den einzelnen Fällen eine Aufwandsteigerung unbedingt notwendig ist. Meine lieben Freunde von der FDP, so sollte man es eben gerade nicht machen!

Sie alle kennen die prognostizierten Rechnungsdefizite und wissen sehr genau: Wenn wir nicht konsequent und mit aller Härte die Geschwindigkeit des Supertankers Kanton Zürich zum Stoppen bringen, dann werden wir früher oder später böse Überraschungen erleben. Das kann im schlimmsten Falle heissen: Wir müssen uns von gutem Personal trennen, weil wir schlicht nicht mehr in der Lage sind, die Löhne bezahlen zu können. Also geht es nur mit der Reduktion von Leistungen. Dem Regierungsrat geben wir ein Budget und er soll selber festlegen, wo er Sparpotenzial für richtig und notwendig hält.

Liebe Mitglieder der FDP, wir haben in unserer Fraktion lange diskutiert, auch heute Morgen nochmals im Vorstand, ob wir diesen Vorstoss unterstützen können. Grundsätzlich zielt er ja in die richtige Richtung, ist für uns aber trotzdem zu weich. Die SVP will aber jede Möglichkeit ausnützen, damit unsere Finanzen wieder in den grünen Bereich kommen. Daher werden wir die vorliegende KEF-Erklärung unterstützen und hoffen, dass Sie bei der nächsten Erklärung Nummer 8 uns auch Ihre Stimme geben werden. Damit können Sie sehr einfach beweisen, dass Sie eben Sachpolitik und nicht Parteipolitik betreiben (*Heiterkeit*). Dazu wäre Ihnen nun endlich einmal zu gratulieren.

Hans Lübli (Grüne, Affoltern a. A.): Dass grundsätzlich haushälterisch mit den Staatsfinanzen umgegangen werden muss und auf Luxuslösungen zu verzichten ist, wird wohl hier drin von niemandem bestritten. Die beantragten KEF-Erklärungen 7 und 8, ich spreche gleich zu beiden, aber passen zu der hemdsärmeligen Finanzpolitik der Freisinnigen, der SVP und der Grünliberalen. Sie vermögen uns nach den Budget- und KEF-Debatten der vergangenen drei Jahre auch nicht mehr zu überraschen.

Was hinter der KEF-Erklärung 7 steht, kann aus der Begründung herausgelesen werden. Das Ziel ist in bekannter neoliberaler Manier die Aushöhlung des Staates, auch wenn es mit der Aussage, dass mit Kernleistungen des Staates die Standortattraktivität erhalten werden soll, kaschiert wird. Während der Hochkonjunktur sollen Steuern gesenkt werden, um in den Jahren mit weniger Steuereinnahmen die Leistungen der öffentlichen Hand abzubauen.

Es mag sein, dass in den letzten Jahren Mehrausgaben getätigt wurden. Das sind aber alles Mehrausgaben, die eben aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, von Bundesbeschlüssen notwendig waren, andererseits aber auch alle von hier, der Mehrheit, beschlossen wurden. Es sind also wir, die verantwortlich sind für allfällige Mehrausgaben oder auch für weniger. Die im KEF für die nächsten Jahre prognostizierten Rechnungsdefizite sind vorwiegend auf die, von der Mehrheit dieses Rates durchgesetzten, unverantwortlichen Steuer- und Gebührensenkungen der letzten Jahre zurückzuführen. Letztes Beispiel ist, wie Hans-Peter Portmann erwähnt hat, die noch hängige Volksabstimmung über Steuergeschenke an die Bestverdienenden und Superreichen, von denen die Genannten nicht einmal in der gegenwärtigen Finanzkrise zurückschrecken. Den Saldo der Betriebsrechnung einzu-

frieren ist auch grundsätzlich ein finanzpolitischer Unsinn und kann so auch nicht von der Regierung verlangt werden. Es ist der Kantonsrat, der über die Einnahmen und Ausgaben beschliesst. Die konsequente Umsetzung dieser beiden Anträge würde bedeuten, dass der Kantonsrat mit jedem Beschluss, der Kostenfolgen mit sich bringt, einen zweiten Beschluss fällen müsste, wo er diese Kosten einsparen will. Der Antrag ist vor allem aber auch in der Krisensituation ein Unding. Die ökonomische Krise hat soziale Folgen, wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, die aufgefangen und eingedämmt werden müssen. Zudem muss die öffentliche Hand mit antizyklischen Massnahmen dazu beitragen können, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Eine Umsetzung der beiden KEF-Erklärungen hätte vor allem eine Verlängerung der Krise und einen unverantwortbaren Sozialabbau zur Folge. Die Grünen lehnen diese beiden Anträge klar ab.

Raphael Golta (SP, Zürich): Es ist ja so, dass wir seit etwa einem halben Jahr im Monatsrhythmus eine Plafonierungsdiskussion in diesem Rat führen; bisher stattgefunden vor allem anhand von dringlichen Postulaten oder auch über die Budgetdebatte, jetzt geschieht es im Rahmen der KEF-Debatte.

Ich halte Ihnen zugute, Hans-Peter Portmann, dass Sie im Rahmen dieser Vielzahl von Vorstössen zum Thema Plafonierung durchaus noch die differenzierteste Form gewählt haben, indem Sie durchaus Faktoren einbeziehen, die Sie zuvor aber auch bei Ihren Budgetanträgen wie auch bei manchen KEF-Erklärungen, die wir heute besprechen, nicht berücksichtigt haben. Es sind dies die exogenen Faktoren, die Bereiche, die wir gar nicht beeinflussen können. Ich möchte Sie an einige Anträge im Rahmen der Budgetdebatte erinnern, die eben hier nicht in dieser Differenziertheit gepasst haben. Von daher finde ich die Sache zumindest formell durchaus diskussionswürdig.

Inhaltlich gesehen geht sie aber komplett in die falsche Richtung, weil die entsprechende Grösse, die Sie hier wollen, nämlich dieser Plafond des Aufwands des Staates, schlicht und ergreifend die falsche Grösse ist. Entscheidend ist für diesen Staat nicht, ob er etwas grösser oder etwas kleiner ist – wir kennen die Debatte zum Beispiel der Verlagerung der Kosten nach unten zu den Gemeinden, wir kennen die Verlagerung der Kosten zu den Studierenden –, dies ist ein Punkt davon.

Ein anderer Punkt ist der, dass durchaus die Aufgaben sich auch verändern. Die Aufgaben des Staates ändern sich. Es ist auch so, dass Sie

nicht die gleichen Summen für Ihre Telekommunikation, wie Sie sie noch vor 20 Jahren bezahlt haben, ausgeben. Sie bekommen aber auch mehr dafür. Sie haben mittlerweile Mobiltelefon und Sie können aufs Internet gehen. Sie haben viele zusätzliche Möglichkeiten, es hat sich vieles, vieles verändert in dieser Zeit. Es ist falsch zu meinen, dass ein Plafond für den Staat irgendeine gute Zielgrösse hat, sondern wir müssen bei jeder einzelnen Aufgabe entscheiden: Wollen wir, dass der Staat diese Aufgabe übernimmt, oder wollen wir das nicht? Und dann müssen wir uns die Frage stellen: Wie sollen wir das übernehmen? Und so werden wir das vonseiten der SP-Fraktion auch in Zukunft handhaben. Und deswegen, weil dies die falsche Zielgrösse ist, die Sie hier haben und festlegen wollen, lehnen wir diese KEF-Erklärung ab.

Brigitta Leiser (CVP, Regensdorf): Ich spreche gleich zu den KEF-Erklärungen 7 und 8. Grundsätzlich fordern in der Sache beide das Gleiche. Wir von der CVP werden auch beide überweisen. Das sind die wenigen, die wir überweisen werden, weil diese auch strategisch von Bedeutung sind. Bereits letztes Jahr wurde gefordert, dass der betriebliche Aufwand in den letzten Jahren soweit zu senken ist, dass eine ausgeglichene Rechnung resultiert. Und das Gegenteil ist passiert. Die Ausgaben müssen immer nach den Einnahmen gerichtet werden. Im privaten Haushalt ist das eine ganz normale und alltägliche Aufgabe. Die Fortschreibung des KEF zeigt allerdings ganz klar, dass beim Regierungsrat wie bei der Verwaltung der einzelnen Direktionen der desolate Finanzhaushalt keinen Grund zum Sparen auslöst. Wir sind nach wie vor nicht ganz überzeugt, ob dies die Regierung selbst auch erkannt hat. Sie spricht zwar seit September 2009 von einem Sanierungsprogramm, von dem wir bis heute jedoch nur den Titel kennen. Die kürzlich gemachte Aussage von Regine Aeppli – immerhin ist sie unsere Regierungsratspräsidentin –, sie sei nicht fürs Sparen, stärkt unser Vertrauen auch nicht gerade.

Das Ausgabenwachstum darf nicht ungebremst weitergehen und muss für die nächsten Jahre eingedämmt und stabilisiert werden. Mit dieser Begründung überweisen wir die beiden KEF-Erklärungen 7 und 8.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Die Fakten sind bekannt. Die Defizite der Laufenden Rechnung steigen in der Planperiode stetig an und überschreiten das gesunde Mass. Auf der einen Seite steht als Ursache ein klarer Einbruch bei den Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen

Wirtschaftskrise. Auf der anderen Seite ist das ungebremsste Wachstum auf der Ausgabenseite ebenso Ursache für mehrere Hundert Millionen Schweizer Franken Fehlbetrag.

Diese KEF-Erklärung Nummer 7 der FDP geht im Prinzip in die gleiche Richtung wie die folgende von den Grünliberalen und der SVP, ist aber offensichtlich etwas differenzierter formuliert. Entsprechend wird ihre Wirkung allerdings auch nicht gleich gross sein, da sie sehr viele Ausnahmen zulässt. Trotzdem ist eine exakte Auseinandersetzung respektive Auseinanderhaltung von exogenen und endogenen Faktoren sehr wünschenswert. Immer wieder argumentiert die Regierung mit enormen exogenen Faktoren, kann sie aber auf Nachfragen selten wirklich klar begründen und exakt auflisten.

Das Kernproblem – wir haben die Zahlen von Hans -Peter Portmann gehört – liegt im stetig anwachsenden Ausgabenwachstum, und genau hier müssen wir endlich den Hebel ansetzen. Die Folgen eines negativen Selbstfinanzierungsgrades habe ich Ihnen in der Budgetdebatte bereits erklärt. Das künstlich erhöhte Eigenkapital wird wie Schnee an der Sonne schmelzen.

Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass nun auch die FDP sich der Kritik an «Vier gewinnt» anschliesst. In diesem Sinne bitten wir Sie, auch diese KEF-Erklärung zu unterstützen. Wir werden dies tun.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Das blaue Buch zu Budget und KEF ist doch ziemlich schwer verdaulich. Die Idee der Trennung von nicht beeinflussbarer Aufwandsteigerung durch übergeordnetes Recht und beeinflussbarer Aufwandsteigerung durch das Kantonsparlament ist sicher richtig. Die Regierung hat uns eine Aufstellung der Leistungsgruppen für San10 auch schon versprochen. Die EVP-Fraktion unterstützt auch die Eindämmung des Wachstums der betrieblichen Aufgaben. Jede Organisation hat nach einer Phase der Hochkonjunktur ein gewisses Sparpotenzial ohne Leistungseinschränkungen, das ich persönlich auf circa 3 Prozent veranschlagen würde. Der Verzicht auf neue Staatstätigkeiten ist mit Blick auf die Riesendefizite ohnehin ein Gebot der Stunde. Auf Luxuslösungen verzichten wir auch gerne. Die Sparbemühungen der sinnvollen KEF-Erklärung Nummer 7 der FDP reichen allerdings nicht aus. Es muss auch noch auf das Steuerpaket mit einem Ausfall von 300 Millionen verzichtet werden. Eine Steuerfusserhöhung wird auch unumgänglich sein. Wenn Ihr Haushaltbudget zu Hause nicht mehr ausreicht, versuchen Sie zuerst zu sparen und

dann das Einkommen irgendwie zu erhöhen, bis es wieder heissen kann: Auskommen mit dem Einkommen. Die EVP-Fraktion unterstützt die KEF-Erklärung Nummer 7 einstimmig.

Aus Effizienzgründen spreche ich gerade noch zur KEF-Erklärung Nummer 8. In dieser KEF-Erklärung wird nur der Aufwand aufs Korn genommen. Eine Rechnung hat viele Variablen, die beeinflusst werden können. Sicher richtig ist die Forderung in der Erklärung, die bestehenden Aufgaben zu hinterfragen und die Prioritäten aufgrund aktueller gesellschaftlicher Fragen neu zu stellen. Wir trauen es dem Regierungsrat aber zu, dass er dies in den Legislaturzielen macht und mit dem San10 auch ausführlich diskutiert wird. Deshalb lehnt die EVP-Fraktion die KEF-Erklärung Nummer 8 wegen Einseitigkeit und Undifferenziertheit ab.

Yves de Mestral (SP, Zürich): Kollege Hans-Peter Portmann hat vorher ausgeführt, dass die Bevölkerungszunahme nicht mithalten kann mit der Kostenentwicklung. Sie haben gesagt, die Ausgaben hätten überproportional zur Bevölkerungszunahme zugenommen. Ich will Ihnen einfach anhand einiger Zahlen erläutern, dass eben diese Rechnung, diese Milchbüchleinrechnung nicht aufgehen kann. Kollege Raphael Golta hat vorher ausgeführt, dass viele exogene Faktoren dazugekommen sind. Ich will hier ein paar erwähnen, es geht um die Zeitperiode 1990 bis 2003: Der Aufwand in der Sicherheitsdirektion hat um 113 Prozent zugenommen, in der Gesundheitsdirektion um 101 Prozent, in der Bildungsdirektion um 93 Prozent. Es geht um die Periode 1990 bis 2003. In der Bildung haben wir 600 Millionen Franken oder 37 Prozent Zunahme, Mehrausgaben in diesen 13 Jahren, ja weshalb wohl? Weil halt gleichzeitig die Schüler- und Studentenzahlen um 11 Prozent in der Volksschule, um 5 Prozent in der Mittelschule und um 29 Prozent an der Uni zugenommen haben. 11'000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler in der Volksschule, zusätzlich Hunderte von Klassen, Hunderte von Lehrenden, die entsprechend eingestellt wurden, 5000 zusätzliche Studierende an der Universität, also 29 Prozent Zunahme, nicht ohne Kostenfolgen selbstverständlich. Im Gesundheitsbereich wurden Prämienverbilligungen erhöht, Sockelbeiträge wurden erhöht, Neueinstufungen des Gesundheitspersonals von Bund und Gerichten vorangetrieben, vorgeschrieben vom Bund und von den Gerichten, exogene Faktoren, die der Kanton Zürich nicht beeinflussen kann. Im Sicherheitsbereich sind trotz Neubauten die Gefängnisse am Limit, sie sind übervoll, bei der Polizei ebenfalls personelle Eng-

pässe. Ausserdem: Zusatzaufgaben, die vom Volk bewilligt wurden oder gesetzlich vorgeschrieben sind. Es geht um Lastenausgleich, Opernhaus, höhere Prämienverbilligungen – habe ich schon erwähnt –, Fachhochschule, Opferhilfe, Datenschutz. Beides, Opferhilfe und Datenschutz sind Bundesvorgaben, nicht vom Kanton Zürich erfunden.

Das Staatsdefizit soll hier nicht geleugnet werden, das ist evident, das ist klar. Nur möchte ich einfach festhalten: Der Zuwachs entsteht primär aus zwei Gründen, zwei Gründe sind hier verantwortlich: einerseits Faktoren neuer oder erweiterter Aufgaben, die sich der Kanton Zürich nicht aufgeladen hat, und zusätzlich die Bevölkerungszunahme respektive die Zunahme im Gesundheits- und Bildungsbereich, die der Kanton Zürich ebenfalls nicht beeinflussen kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Augenmass. Dementsprechend können die beiden KEF-Erklärungen abgelehnt werden.

Regierungsrätin Ursula Gut: Meine Ausführungen betreffen die KEF-Erklärungen Nummern 7 und 8. Der Regierungsrat hat das Sanierungsprogramm San10 ausgelöst, um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Sie kennen die Zielsetzung des San10 und Sie kennen den Terminkalender. Er hat in San10 als Zielgrösse einen ausgeglichenen Saldo der Erfolgsrechnung vorgegeben. Auf Aufwandziele, wie in der vorliegenden KEF-Erklärung gefordert, hat er dagegen verzichtet. Er hat dies deshalb so entschieden, weil auf der einen Seite der Kanton auch Leistungen erbringt, die zu 100 Prozent vom Bund abgegolten werden. Auf der andern Seite gibt es auch Bereiche, wo Ausgabensenkungen durch Leistungsverzichte auch geringere Erträge zur Folge haben können; ich verweise hier auf das Beispiel der Spitäler. Der Regierungsrat beabsichtigt, den Planungsprozess für den KEF 2011 bis 2014 und für das San10 voneinander abzugrenzen. Er wird aber das Sanierungsprogramm in der Zielsetzung bei den einzelnen Budgets verfolgen. Er wird für das Budget 2011 bereits dafür schauen, dass möglichst grosse Wirkungen erzielt werden. Trotz aller Bemühungen dürfte die Entlastungswirkung nicht zuletzt wegen unabdingbarer Gesetzesänderungen in grösserem Umfang erst das Budget 2012 beeinflussen.

Bei der Beratung von KEF und Budget in den Kommissionen des Kantonsrates wird jeweils vonseiten des Regierungsrates auf nicht beeinflussbare Aufwandsteigerungen hingewiesen. Der Regierungsrat ist

nicht ermächtigt, Ausgaben nicht zu tätigen, zu denen er gesetzlich verpflichtet ist. Bei der Erarbeitung des San10 werden jedoch Aufwandsteigerungen analysiert und dem Kantonsrat gesetzliche Änderungen beantragt werden. Und dort werden Sie die Gelegenheit haben, den Regierungsrat tatkräftig zu unterstützen.

Ich bitte Sie, die Erklärungen 7 und 8 nicht zu überweisen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 7 mit 119 : 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

8

*Stabilisierung des betrieblichen Aufwandes im Staatshaushalt
(Thomas Maier und Hansueli Züllig)*

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Ich muss die Debatte nicht künstlich verlängern, auch als Erstunterzeichner dieser KEF-Erklärung kann ich mich kurz halten. Die meisten haben sich bereits bei der vorherigen Diskussion zu dieser KEF-Erklärung geäußert. Einfach noch ein Wort zu den neuen Aufgaben, die wir im Kanton auch immer wieder zu erbringen haben: Ja, wir haben neue Aufgaben zu erbringen und diese sind klar zu priorisieren und bestehende Aufgaben zu hinterfragen. Die Priorität ist eben zugunsten aktueller gesellschaftlicher Fragen neu zu setzen. Nur so wird es uns gelingen, den mittelfristigen Ausgleich zu sichern und sicherzustellen, dass der Aufwand nicht weiter massiv mehr ansteigt als die Bevölkerungszahlen oder Einnahmen. Wir sind der Meinung, dass wir den Regierungsrat einladen, die entsprechenden Budgetvorgaben vorzunehmen, und dass wir so mit Erklärung 7 wie auch Erklärung 8 den Regierungsrat in seinen Bemühungen im Sanierungsprogramm 2010 unterstützen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Kurz und bündig wollen wir mit dieser KEF-Erklärung dem Regierungsrat und der Verwaltung ein enges Korsett anlegen. Dieser Antrag ist die logische Fortsetzung unseres dringlichen Postulates [86/2009](#), respektive der Vorlage [4629](#), welche wir anlässlich der Budgetdebatte vom vergangenen Dezember 2009 behandelt haben. Damals erhielten wir vom Regierungsrat einen äus-

serst mangelhaften Bericht mit der Kernaussage, dass man eben kurzfristig eine solche Forderung nicht erreichen kann. Nun bekommt der Regierungsrat eine erneute Chance, eine Plafonierung respektive eine Stabilisierung des betrieblichen Aufwands in den KEF einzubauen und entsprechende Planungsvorgaben vorzulegen.

Die Finanzsituation des Kantons Zürich – und das wissen Sie alle – gibt seit Jahren Anlass zu äusserst grossen Sorgen. Seit Jahren weist die SVP regelmässig und konsequent auf die katastrophale Schieflage unserer Staatsfinanzen hin. Schuld an dieser misslichen und bedrohlichen Situation trägt das ungebremste Ausgabenwachstum. Dieses stürzt unkontrolliert ins Bodenlose. Als gefährlich gilt es aber die Situation einzustufen, dass die Kosten und damit auch die Staatstätigkeit in unserem Kanton laufend weiter und munter zunehmen. Es handelt sich nach wie vor um einen noch immer nicht erkannten Ausgabenwildwuchs der Regierung und der Verwaltung. Diese ganze desolate Finanzsituation zieht unweigerlich einen grossen Finanzfehlbetrag mit sich, welcher schlussendlich zu einem Rückgang des Eigenkapitals führt. Was dies im Klartext heisst, können wir in diversen Ländern der EU unschwer erkennen. Die Budgetzahlen, der überproportionale Aufwand und die äusserst düsteren mittelfristigen Aussichten müssen im Bollwerk der Finanzdirektion eigentlich endlich einmal alle Alarmglocken läuten lassen. Dass wir ein strukturelles Problem mit unseren Staatsausgaben haben, war denn schon längst klar. Spätestens in der Rechnung 2010 werden wir definitiv nicht mehr von den fetten Goldreserven profitieren können.

Ich bitte Sie, zusammen mit uns diesen Vorstoss zu unterstützen und ein Zeichen zu setzen. Wir sind gewillt und entschlossen, Finanzperspektiven zu setzen. Besten Dank.

Raphael Golta (SP, Zürich): Hansueli Züllig hat von einem Korsett gesprochen, das er der Regierung geben will. Das Problem ist: Sie haben von einem Korsett gesprochen, das Sie der Regierung geben wollen, und die Regierung hat schon einen ganzen Schrank voll Ihrer Korsetts, die Sie ihr gegeben haben, und jedes sieht wieder ein bisschen anders aus. Das Problem ist halt: Sie müssen wissen, wen Sie in die Regierung schicken, wenn Sie von Verantwortung sprechen. Und es war immer, immer, immer Ihre Regierung, die diese Finanzpolitik betrieben hat. Und es waren immer Sie, Hansueli Züllig – ich wüsste nicht, dass Sie das letzte Mal nicht im Komitee waren –, welcher ge-

nau diese Regierung auch zur Wahl empfohlen hat. Und irgendwann müssen Sie halt schon die Konsequenzen ziehen und nicht nur laut brüllen, man müsse jetzt sparen, sondern auch mal sagen, wie genau das die Regierung machen soll, oder aber selber in die Regierung gehen. Aber das ist Verantwortung, dass Sie mal dort hinsehen, wo es darum geht, und nicht die ganze Zeit solche Worte sprechen und solche sinnlosen KEF-Erklärungen einreichen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich fühle mich herausgefordert von den Aussagen, dem Votum der Finanzdirektorin und möchte da noch etwas anbringen: Wir haben jetzt zwei Vorschläge. Wir haben sie zusammen behandelt und können eigentlich feststellen, dass da von vernünftiger Seite auch eine Einigung zustande kommt. Nun möchte ich aber doch etwas aufgreifen und das hat mit Folgendem zu tun: Die beiden Vorstösse rennen nämlich offene Türen ein. Wir haben uns in langer Arbeit ein Gesetz gegeben, das ist das CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), und dazu gab es und gibt es auch noch eine Verordnung. Und wenn wir das ganz sorgfältig anschauen, dann sieht das folgendermassen aus, dass die Verordnung zum CRG festlegt, dass der Kanton ein Controlling einführt. Das ist ein betriebswirtschaftliches Instrument, wie man eben Ziele besser erreichen kann. Controlling heisst, es legt fest: Wir brauchen eine Zielfestlegung und eine Planung von Massnahmen und dann eine Steuerung. Also das Controlling ist ganz einfach: Man setzt ein Ziel, formuliert dieses, dann plant man und stellt die Abweichungen fest und dann erreichen wir das Ziel. Und das ist im Grunde genommen Aufgabe des Regierungsrates. Diese Aufgabe hat sich der Regierungsrat selber gegeben, nämlich weil es dann in der Verordnung Paragraph 7 heisst: «Das Controlling des Regierungsrates» – ich spreche es extra so aus, mit dem Akzent – «Das Controlling des Regierungsrates für die kantonale Verwaltung erstreckt sich insbesondere auf folgende Bereiche:» und dann sind namentlich aufgeführt «a. Leistungen, b. Finanzen». Es wäre an sich so und ich frage mich, ob es nicht so sein sollte, wenn ich das richtig interpretiere, dass es eigentlich Aufgabe der Regierung wäre, uns jeweils schon beim Budget ein solches zu präsentieren, das eben eine ausgeglichene Rechnung zeigt. Das wäre doch, wenn ich das richtig sehe, die Aufgabe des Regierungsrates, diese Planung und Steuerung an die Hand zu nehmen. Und wenn dem so wäre, dann wäre im Grunde genommen schon einiges vorbereitet. Ich habe es in der Finanzkommission auch gesagt, wir können es uns doch nicht leisten,

dass wir alle zwei Jahre ein Sanierungsprogramm brauchen. Das haben wir jetzt gehabt. Jenes von vor zwei Jahren hat nicht stattgefunden, weil das Gold reinkam, aber im Grunde haben wir die Programme 04, 06, 08 und jetzt 10. Da fehlt doch etwas in der Planung und in der Steuerung. Wir haben das CRG lange infrage gestellt im Rahmen der Ausarbeitung. Man hat es immer totgeschwiegen und hat gesagt: «Das funktioniert nachher alles wunderbar.» Ich glaube, wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir auf diese Verantwortung der Regierung hinweisen müssen. Planung und Zielfestlegung und dann die Steuerung, das wäre das Controlling und das wäre dann eben das Regierungscontrolling, das der Regierungsrat in der Verordnung so schön für sich reserviert hat. Dankeschön.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 8 mit 92 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

9

Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Benedikt Geschwind)

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Ich beantrage Ihnen mit meiner Fraktion einen zusätzlichen Kredit für Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Warum machen wir das? Nun, zunächst nehmen wir die Zürcher Kantonsverfassung und die Legislaturziele des Regierungsrates ernst. Es sind also übergeordnete Ziele, die von einer breiten politischen Mehrheit in diesem Kanton getragen werden, denen wir zum Durchbruch verhelfen wollen. Und dies ist ja zunächst mal durchaus erfreulich, dass der Regierungsrat die Bedeutung dieses Themas ebenfalls als sehr wichtig einschätzt, wie auch der Kantonsrat, der bereits verschiedene Vorstösse dazu überwiesen hat. Doch nun sind genug Berichte und Analysen geschrieben worden, es braucht Taten.

Doch leider hat nun den Regierungsrat sein eigener Mut wieder verlassen. Mit Blick auf die gegenwärtige Finanzlage will die Regierung vorläufig auf die Umsetzung der geplanten Massnahmen verzichten. Wir bedauern dies tief und halten dem entgegen, dass es gerade auch wirtschaftliche Gründe gibt, die eine rasche Umsetzung sinnvoll ma-

chen. Volkswirtschaftliche und demografische Argumente und der trotz der momentanen wirtschaftlichen Baisse immer wieder stipulierte Fachkräftemangel machen es unverzichtbar, beide Elternteile in einer Familie in die Erwerbsarbeit einzubinden. Es ist doch nicht zu verantworten, Frauen an unseren Hochschulen für teures Geld auszubilden und diese dann, wenn sie sich für eine Familie entscheiden, gezwungen werden, auf eine berufliche Karriere zu verzichten. Gerade die aktuellen Kritiker der Personenfreizügigkeit oder des sogenannten «Professorenfilzes» müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir in verschiedenen Berufen einfach zu wenig ausgebildete Schweizerinnen und Schweizer haben oder eben, wie man präzisieren muss, genügend ausgebildete Schweizerinnen und Schweizer, die Beruf und Familie vereinbaren können. Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen.

Dabei geht es nicht einmal mehr immer um Geld. Das Wichtigste sind einmal Arbeitszeitmodelle und eine Arbeitsorganisation, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. So gibt es gerade in der Zürcher Verwaltung immer noch zu wenig Teilzeitstellen im Kaderbereich – für Frauen wie für Männer. Weitere Punkte sind die Unterstützung der familienexternen Kinderbetreuung, Elternurlaube und keine Behinderung von Angestellten mit Teilzeitpensen in der Laufbahnentwicklung. Für uns sind die Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht einfach Kosten, sondern Investitionen, Investitionen, die sich rechnen. Der Kanton Zürich ist der grösste Arbeitgeber im Kanton und hat damit auch eine Vorbildfunktion. Stolz war das politische Zürich, als der Internet-Suchdienst Google sein Hauptquartier nach Zürich verlegte. Dieses Unternehmen ist wie andere – ich denke auch an das Industrieunternehmen ABB – führend in diesem Thema. Es ist höchste Zeit, dass der Kanton Zürich diesen Beispielen folgt.

Im Personalamt liegt ein fertiges Konzept vor. Es ist bereit, es kann losgehen, es lohnt sich. Unterstützen Sie unsere KEF-Erklärung!

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Es ist ja schon erstaunlich, es ist erstaunlich, wie Sie vor Wochenfrist die Revision der Personalverordnung durchwinkten, wie Sie flexibilisierten und wie Sie die Leistungskomponente betonten, alles unter dem Stichwort, die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Es ging Ihnen darum, die Spiesse zu verlängern im Buhlen um die besten Arbeitskräfte. Und was tun Sie heute? Heute geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und

Familie. Es geht doch eigentlich darum, wenn die Konjunktur dannzumal wieder anspringt, bereit zu sein und auch die besten Arbeitskräfte, die sich Familienaufgaben teilen, wieder zu gewinnen. Weshalb verlässt Sie jetzt der Mut? Weshalb ramponieren Sie Ihren eigenen Fünf-Jahres-Plan? Ich appelliere an Sie, investieren Sie jetzt die 10 Millionen Franken in die Zukunft, indem Sie den Kanton mit den Strukturen ausstatten, dannzumal eben die besten Arbeitskräfte aus den Familien wieder zu gewinnen. Danke.

Ernst Meyer (SVP, Andelfingen): In Zeiten von eingeschränkten Finanzen ist eine Aufstockung dieses Kontos um weitere 10 Millionen Franken nicht angezeigt, ja, wäre für uns einem Lausbubenstreich gleichzusetzen. Selbst die Regierung beantragt uns ja, darauf zu verzichten. Wenn schon unterstützen, müsste die Unterstützung bei jenen Eltern erfolgen, die auf Kosten ihrer beruflichen Karriere die Kinder zu Hause betreuen und ihren Kindern wahre Mutter- oder Vaterliebe zukommen lassen (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*) und nicht die externe Betreuung bevorzugen. Wir sind der Überzeugung, dass der Kanton hier schon genügend – wenn nicht schon zu viel – macht. Deshalb sind wir gegen die Erhöhung und lehnen diesen KEF-Antrag ab.

Martin Farner (FDP, Oberstammheim): Gemäss Legislaturziel Nummer 12.4 sollen Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Angestellte des Kantons directionsübergreifend koordiniert werden. Aufgrund der heutigen desolaten, schwierigen finanziellen Situation des Finanzhaushaltes und im Hinblick auf San10 muss auf die Einstellung von 10 Millionen Franken im KEF 2010 bis 2014 verzichtet werden. Die Einstellung dieser Massnahmen kann aber sicher wieder bei besseren finanziellen Ausichten im KEF, zum Beispiel 2012 bis 2015, geprüft werden. Ich denke nicht, dass wenn wir diese 10 Millionen Franken heute streichen oder nicht befürworten, dass der Kanton zu einem schlechteren Arbeitgeber für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird. Übrigens lehnt auch die STGK-Mehrheit diesen Antrag ab, zusammen mit der FDP-Fraktion. Danke.

Yves de Mestral (SP, Zürich): Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die FDP sich hier in Zürich mit der Anwesenheit des

neuen Bundesrates Didier Burkhalter brüstet und ihn auch an Veranstaltungen sprechen lässt, um Rückenwind zu erzeugen für die hiesigen Kandidaten. Er ist auch an der «Albisgüetli»-Tagung aufgetreten und hat ähnlich viel Applaus eingeheimst wie der Gerontokrat aus Herrliberg (*Alt-Bundesrat Christoph Blocher*). Um hier aber einfach nur Didier Burkhalter zu zitieren, Didier Burkhalter sagt nämlich: «Der Bund ist besorgt über den Mangel an familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder, denn diese Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in einer sich wandelnden Gesellschaft für viele von uns eine grosse Herausforderung». Oder die Bundespräsidentin (*Doris Leuthard*) zitiere ich auch gern: «Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die Eltern und für die Wirtschaft wichtig.» Also wenn Ernst Meyer dann sagt, es sei ein Lausbubenstreich – ein bisschen mehr Wirtschaftsförderung hätte ich von der Gegenseite dann schon erwartet! In diesem Sinne wäre eben genau dies ein Projekt, das wünschenswert wäre. Unterstützen Sie diese KEF-Erklärung!

Regierungsrätin Ursula Gut: Der Regierungsrat – das möchte ich betonen – steht zu diesem Legislaturziel und er bedauert es sehr, dass er diesen Schritt, die Umsetzung dieser Zielsetzung zum heutigen Zeitpunkt nicht angehen kann. Die Finanzlage lässt dies nicht zu. Ich werde Ihnen auch in Aussicht stellen, dass es in Zukunft immer wieder Momente geben wird, in denen wir unsere Zielsetzungen auf das absolut Notwendige werden beschränken müssen. Sie kennen die Zielsetzungen des San10, es wird uns nichts anderes übrig bleiben. Der Regierungsrat ist aber auch bereit, diese Zielsetzung zu einem finanziell besseren Zeitpunkt wieder hervorzunehmen und dann entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten. Ich bitte Sie, die Erklärung nicht zu überweisen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 9 mit 119 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Bevor ich Sie in die Pause entlasse, habe ich noch eine Mitteilung zu machen zur KEF-Erklärung Nummer 16. Die KEF-Erklärung Nummer 16 zu den internationalen Schulen von Claudia Gambacciani wurde zurückgezogen.

Die Beratung wird unterbrochen.

Erklärung der EVP-Fraktion betreffend Boni der Banken

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Ich verlese eine Fraktionserklärung der EVP zu den Boni der Banken.

Die EVP vertritt eine Politik, die Freiheit und Verantwortung gegenüber Gott und den Mitmenschen verbindet. Immer schon hat die EVP auf die Folgen des Missbrauchs von Alkohol und anderen Drogen sowie sinnlosen Ausschreitungen hingewiesen. Die EVP will klar Spielregeln auch in der Wirtschaft. Die Unmoral in weiten Kreisen der Finanzwelt hat deutlich gemacht, dass Ethik in allen Lebensbereichen zentral ist. Wenn die freie Gesellschaft überleben will, braucht sie Ordnungen, wie sie zum Beispiel dem Christentum in den zehn Geboten gegeben wurden. Die letzten Gebote richten sich an die ganze Menschheit. Vor allem das Gebot «Du sollst nicht stehlen» wird heute in der internationalen Finanzwelt systematisch verletzt. Auch die andern Weltreligionen lehren entsprechende Vorschriften.

Die UBS mit Hauptsitz in Zürich und Basel wird in den nächsten Tagen die Höhe der Bonus-Zahlungen für das Jahr 2009 bekanntgeben. Diese variablen Vergütungen wurden im Jahr 2008 unter dem Druck der weltweiten Öffentlichkeit von 9,9 auf 2,2 Milliarden Franken zurückgenommen. Es ist zu befürchten, dass trotz eines negativen Geschäftsergebnisses die variablen Lohnbestandteile wieder deutlich höher sind, denn dauerhaft variabel sind sie offenbar nur gegen oben. Angeblich laufen der UBS in den USA die Spitzenkräfte davon, wenn sie nicht märchenhafte Saläre erhalten. Vor allem in der Ära Ospel (*Marcel Ospel*) wurde das in der Schweiz sauer verdiente Geld nach Amerika transferiert und dort «verospelt», Entschuldigung, ich habe mich verhaspelt, ich wollte sagen «verspielt». Dazu wurden in der Neuakquisition von Geldern auch noch die Gesetze einer Grossmacht gebrochen. Wie Octavio Piccolomini in Schillers «Wallenstein» zu seinem Sohn Max in einem dramatischen Zwiegespräch sagt: «Das ist eben der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären.»

Der Finanzkapitalismus ist eine Spielart der Marktwirtschaft. Durch eine falsche Politik der amerikanischen Notenbank und deren Greenspan (*Alan Greenspan*), der im Oktober 2008 immerhin ehrlich seine gravierenden Irrtümer vor dem Waxman-Ausschuss (*Henry Waxman*,

Vorsitzender des Ausschusses) eingestanden hat, kam die Bankenwelt auf die schiefe Bahn. Die unkontrollierte, expansive Geldpolitik mit Zinsen der Notenbank für die Banken gegen Null führte zur Bildung einer globalen Geldblase. Die Gewinn maximierenden Kapitaleigner und Kapitalverwerter, also auch gewisse Banken, laben sich daran und triumphieren über die übrige Gesellschaft. Der Ausgleich zwischen Individualinteresse und Allgemeininteresse wird krass verletzt. Das zeigt die Kluft zwischen den vielen Neu- und Superreichen und eines verarmenden Teils der Weltbevölkerung. Das ist nicht mehr die soziale Marktwirtschaft, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa mit grossem Erfolg installiert wurde.

Kehren wir zurück zu einer sozial verantwortbaren Marktwirtschaft! Octavio sagt im gleichen Gespräch zu seinem Sohn: «Oh, öffne doch die Augen!»

Die Beratung wird fortgesetzt.

12

Streichung des Legislaturziels 14.2: Informationskampagne für gesunden Lebensstil durchführen

(Esther Guyer)

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich beantrage Ihnen wie gesagt die Streichung des Legislaturziels 14.2, die Informationskampagne für gesundes Leben. Es handelt sich um eine Kampagne gegen die Dicken, die leider schon gestartet ist und gestoppt und sicher nicht weitergeführt werden soll. Anlässlich der Raucherdebatte im März 2008 sagte ich: «Die nächsten Opfer dieser neuen Staatsmoral werden leicht zu finden sein. Es werden dann wohl die Dicken sein.» Dass das jetzt so schnell gegangen ist, erstaunt sogar mich. Und nicht genug, ich muss feststellen, dass die PR-Branche schon ganz entscheidend dazugelernt hat. 20 Jahre mindestens hat man den Rauchern gesagt, dass sie sich selber schädigen, und darum doch bitte aufhören sollten. Aber es ist nichts passiert, alle haben fröhlich weitergeraucht. Dann aber hat man sie zu Tätern gemacht und gesagt «Ihr schädigt uns». Und siehe da, die Verbote überschlagen sich heute.

Bei den Dicken steigt man jetzt schon radikal ein. Das Textplakat heisst: «Eine neue Studie beweist: Die Belastung durch Übergewicht beträgt im Kanton Zürich 900 Millionen Franken pro Jahr.» Dicke sind also entschieden zu teuer. Sie schädigen die Staatsfinanzen und damit natürlich den Steuerzahler und die Steuerzahlerin, nämlich uns. Sie schädigen uns. Die Kampagne des Kantons, mit initiiert von der Gesundheitsförderung Schweiz und dem Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Uni Zürich, die Kampagne namens «Leichter leben», beinhaltet viele weitere weise PR-Sprüche, zum Beispiel «Ihr Bauchgefühl stimmt», «Übergewicht ist ungesund» oder weiteres Lustiges, «Gesundes Körpergewicht beginnt beim Einkaufen, füllen Sie mich mit Gemüse». Zur Ehrenrettung der Kampagnenführung muss man noch sagen, dass viele Projekte für alle dicken Altersgruppen vom Säugling bis zu den Erwachsenen ausgeheckt wurden und ein breites Angebot im Internet zu finden ist. Ein Beispiel ist das Projekt B15 für Jugendliche, es heisst «power2move». Sie erfassen ihr Bewegungs- und Ernährungsverhalten mittels Schrittzähler sowie Ess- und Trinkprotokollen und beantworten Fragen zu ihrem psychosozialen

Wohlbefinden. Und je nach Wunsch kann noch eine Beratung eingefordert werden. Das tönt eigentlich alles schön, gut und nett, warum dann ändern?

Die Kampagne unter dem Titel «Übergewichtsprävention» stempelt die Übergewichtigen zu Sündenböcken, die sich nicht bewegen, die nichts tun, die ausschliesslich Fastfood ins sich reinstopfen, ohne dass die Kampagne darauf eingeht, dass Übergewicht viele Ursachen haben kann. Man kennt heute mindestens 32 Genvarianten, die zu Übergewicht führen. Man schreckt auch nicht davor zurück, die Kinder an den Pranger zu stellen. Der Stadtzürcher Schularzt verbreitet Panik und natürlich, wie das so ist, auch ein neues Programm und legitimiert damit gleich noch die Stellen seiner Abteilung. Er sagt, der Anteil übergewichtiger Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren habe sich in der Schweiz innert 40 Jahren mehr als verdoppelt und in Zukunft komme es noch dicker: 2020 würde ein Sechstel aller Mädchen und ein Viertel aller Knaben zu dick sein. Kann man ein bisschen Ruhe machen, bitte? (*Der Lärmpegel im Ratssaal ist sehr hoch.*) Die Kosten: 5,7 Milliarden Franken. Die Zahlen für solche Prognosen liefern natürlich die Statistiker. Dabei zeigt eine BAG-Studie (*Bundesamt für Gesundheit*) auf, dass die Spitzenwerte bereits überschritten sind und von einer Epidemie der Dicken keine Rede sein kann. Das ist natürlich keine gute Nachricht für Gesundheitsapokalyptiker, aber um Fakten geht es bei solchen Moralkampagnen sowieso nicht.

Gesundheitspolitikerinnen und -politiker im Verbund mit Präventivmedizinern inszenieren hier einen eigentlichen Kulturkampf. Am Körper des Kindes entscheidet sich die Frage nach der richtigen Erziehung. «Dick gleich arm und dumm», so grenzt sich der Mittelstand gegen unten ab, das hat schon der französische Soziologe Bourdieu (*Pierre Bourdieu*) so beobachtet. Ginge es um Fakten, müsste man sich fragen, ob es denn gesünder ist, wenn dünne oder ganz dünne Menschen 42 Kilometer auf dem heissen Asphalt ihre Marathons abspulen. Die Gelenke lassen grüssen und wollen ab 50 ungefähr erneuert werden. Und die Kosten für die Allgemeinheit? Danach fragt niemand. Ist Spitzensport gesund? Leben Workaholics und Wenigschläferinnen wie ich zum Beispiel wirklich gesünder als Dicke? Wohl nicht. Aber die Raucher hat man ja jetzt erledigt, jetzt kommen die Dicken dran. Nachher sind es dann vielleicht wieder einmal die Alkoholiker, die Spielsüchtigen, die Sexsüchtigen. Es gibt viele Süchte, man kann noch vieles machen. Vielleicht steht aber auch nächstes Jahr auf einem Plakat: «Invalide Ausländer kosten uns jährlich 900 Millio-

nen», dann wird sich die politisch korrekte Linke natürlich moralisch entrüsten, bei den Dicken aber schweigt man und schwelgt in Mitleid. Man meint es ja nur gut! Und Dicksein ist ja genau wie Rauchen auch ein Fehlverhalten, also ist diese Kampagne moralisch legitimiert. Mit Moralkampagnen wird vertuscht, dass es eigentlich nicht die Aufgabe des Staates ist, den Bürger vor sich selber zu schützen. Der Staat sollte den Einzelnen vor Übergriffen schützen und nicht sich selber. Der Körper ist Privatsache. Es gibt ein Recht auf Selbstschädigung, das geht den Staat nichts an. «Mein Bauch gehört mir», das ist keine neue Wahrheit, keine neue Kampagne, seit den Sechzigerjahren wissen wir das und das gilt jetzt auch für Übergewichtige.

Ich bitte Sie, stimmen Sie mit mir und streichen Sie das Legislaturziel 14.2. Danke.

Ratsvizepräsident Gerhard Fischer: Ich bitte Sie, den Geräuschpegel etwas zu senken. Führen Sie Ihre Gespräche bitte ausserhalb des Rats-
saals.

Urs Lauffer (FDP, Zürich): Ich hoffe, dass man dereinst das Votum der sehr geschätzten Kollegin Esther Guyer als Sonderdruck herausgibt und bei Parteitage und ähnlichen Veranstaltungen der Grünen auflegt (*Heiterkeit*). Nicht wahr, vieles – fast das meiste, was sie gesagt hat –, würde ich blind unterschreiben. Natürlich ist es so: Wenn es vonseiten der Grünen kommt, die uns beispielsweise demnächst mit einer eidgenössischen Volksabstimmung beglücken, welche Autos wir fahren dürfen und welche nicht, dann muss man sich allenfalls gewisse Gedanken machen, wie ernst die Grundeinstellung zur Freiheit in der Lebensführung gemeint ist. Aber das ändert leider nichts daran, dass Esther Guyer recht hat (*Heiterkeit*). In dem Sinne wird es Sie auch nicht überraschen, wenn wir freisinnigerseits nicht umhin können, diesen KEF-Antrag zu unterstützen.

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen anfügen: Etwas pauschal ist nun Esther Guyer über die Wirkung von Prävention hinweggegangen. So ganz einfach ist es nicht. Wir beide wissen, dass natürlich Prävention durchaus ihre Berechtigung hat, wenn man sie vernünftig anwendet. Es ist in der Tat so, dass Gesundheitskosten, wenn sie mal entstanden sind, die teuersten sind und dass man mit einer vernünftigen Form von Aufklärung verhindern kann. Das findet durchaus unsere Unterstützung. Aber Prävention ist generell nichts Schlechtes. Persön-

lich bin ich auch der Meinung: Ob wirklich der Lebenswandel geändert wird, wenn man an einem solchen Plakat vorbeigeht, ist eher fraglich. Im Übrigen stimmen wir dieser KEF-Erklärung auch zu, weil in der Tat im Moment bei den knappen Finanzen, die wir haben, wahrscheinlich eine bessere Priorisierung möglich wäre. Insgesamt erhoffe ich mir natürlich, dass wir mit Esther Guyer und den Grünen da jetzt ernsthafte Mitstreiter finden, wenn es um den Schutz der eigenen Lebensgestaltung geht. Ich freue mich und erwarte ein flammendes Votum von Esther Guyer für die Off-Roader. Danke.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich): Urs Lauffer, Sie haben sich zu früh gefreut (*Heiterkeit*). Die qualifizierte Hälfte der Grünen lehnt diese populistische, Grüne schädigende KEF-Erklärung ab. Tun Sie das auch!

Das Engagement für einen gesunden Lebensstil ist eines der zentralen Anliegen, welches der Regierungsrat mit seinem Legislaturziel 14.2 verfolgt. Denn Bewegungsarmut und Fettleibigkeit machen vielen von uns das Leben schwer. So ist in manchen Schweizer Städten bereits eines von fünf Kindern zu schwer. Dies hat grosse Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand. Dicksein kann heute bei uns als Zeichen von Armut gewertet werden. Das ist dramatisch. Sollen diese Kinder und späteren Erwachsenen diese Botschaft, die Fettleibigkeit als Zeichen der Armut, vielleicht ein Leben lang vor sich hertragen?

Gesundheitsprävention bedient sich wirkungsvoller und effizienter Mittel. Sie nutzt wie die Wirtschaft die Werbung, lässt Plakate, Inserate und Werbefilme gestalten. Sie lanciert Projekte. Genauso tun Sie es, wenn Sie im März 2011 wiedergewählt werden möchten. Da wollen uns einige einreden, diese teuren Massnahmen seien vergeblich? Warum tun es dann alle? Esther Guyers Schulpräsidentenwahlpropaganda in den Zeitungen werden sie Lügen strafen. Gesundheitsprävention, wie sie das Legislaturziel verfolgt, bedeutet aber auch, dass in Schulen, Kinderkrippen, Lehrlingsausbildungen auf eine lustvolle Art und Weise Wissen für eine gesunde Lebensführung vermittelt wird. Es ist ein wunderbares Gefühl, beweglich zu sein, nicht bei jeder Anstrengung schwer zu atmen. Es ist wunderbar, schlank zu sein und keine überflüssigen Pfunde mit sich herumzuschleppen. Da behaupten doch einige, die Informationskampagne «Leichter leben» sei lustfeindlich. Lustfeindlich ist es, beim Rennen aufs Tram beinahe zu ersticken, jede Anstrengung aus Angst vor Atemnot zu vermeiden und nach 50 Meter

Joggen aufs Schachspielen umzustellen, weil Gehirntraining weniger anstrengend sein soll. Nun ist es aber belegt, dass Beweglichkeit auch die Denkfähigkeit fördert. Da behaupten doch einige, die Informationskampagne «Leichter leben» diskriminiere die Dicken und sei deshalb überflüssig. Die Präventionsforschung weiss seit den Drogenplakaten der Siebzigerjahre, dass Abschreckung wirkungslos ist. Sie nützt Motivation, Begeisterung und Freude. Da behaupten doch einige, es gebe ein Recht auf Selbstschädigung. Reife Menschen seien in der Lage, sich fürs Dicksein frei zu entscheiden. Das ist Augenwischerei. Wer tut es tatsächlich freiwillig? Hier belegen die Verkaufszahlen von Diätbüchern und Frauenzeitschriften das Gegenteil. Es gibt eine Pflicht zur Selbstfürsorge. Dieses Nettsein zu sich selber will die Präventionskampagne «Leichter leben» unterstützen.

Es gibt auch volkswirtschaftliche Gründe für die Kampagne. Der grösste Teil der finanziellen Mittel dafür ist vom Bundesamt für Gesundheit gesprochen. Das Geld kommt den Zürchern zugute. Es wäre dumm, dieses Geld zu verschmähen. Lehnen Sie den Streichungsantrag ab im Sinne von «Nur bei Bäumen ist der Ring gut, der jedes Jahr dazukommt».

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Wir werden Esther Guyers verloren gegangene qualifizierte Mehrheit der Grünen ohne Weiteres ersetzen können. Soweit ich von dem Votum von Esther Guyer verstanden habe in diesem ungeheuren Lärm, kann ich praktisch vollumfänglich hinter diesen Aussagen stehen. Selbstverständlich ist es wichtig, im Gesundheitsbereich Prävention zu betreiben. Aber was in den letzten Jahren zunehmend der Fall ist, ist fast gleichzusetzen mit Um-erziehung und mit Eingriff in die persönliche Freiheit, die absolut zu weit geht. Und dass hier gerade die Verwaltung an vorderster Stelle steht, das bedrückt mich eigentlich am meisten. Es hat ja in der Vergangenheit sogar ausgestrahlt auf politische Parteien, die die Krankenkassenprämien für Dicke erhöhen wollten. In der Zwischenzeit ist man dort auch gescheiter geworden.

Gesinnungstotalitarismus, dieses Wort, das im Antrag von Esther Guyer drin steht, ist der richtige Ansatz, hier entgegenzutreten. Es hat mit Bestimmtheit in unseren Verwaltungsausgaben noch einige solche Berichte und Erarbeitungen von Gesinnungsaufoktroyierung drin, die man ebenso aufgreifen könnte. Ich danke Esther Guyer, dass sie dies

hier gefunden hat. Mindestens das, was wir erkennen können, sollten wir bekämpfen.

Ich bitte Sie zusammen mit der SVP, diese KEF-Erklärung zu unterstützen.

Silvia Seiz (SP, Zürich): Eine pauschale Streichung des Legislaturziels 14.2 lehnt die SP ab. Es ist gefährlich, die Präventionskampagnen generell anzuzweifeln. Einverstanden bin ich mit der Kritik, wie die Kampagnen geführt werden. Sie sind auf eine sehr einseitige Werthaltung ausgerichtet wie auch moralisierend. Das lehnt die SP ab. Auch die grossen Plakate mit sehr wenig Text werden von der Bevölkerung als Geldverschwendung angeprangert. Jedoch sind wir überzeugt, dass weiterhin eine verständliche, professionelle und nicht moralisierende Prävention auch im Gesundheitswesen notwendig ist. Darum lehnen wir diesen KEF-Antrag von Esther Guyer ab.

Oskar Denzler (FDP, Winterthur): Gerne werde ich noch einige ergänzenden medizinischen und ökologischen Aspekte zum Thema Übergewicht einbringen. Die geplante Informationskampagne wird in der Tat wenig ausser Kosten produzieren. Selbstverständlich bin ich als Mediziner für geeignete Kampagnen der Prävention. Das erkannte und ernst zu nehmende Problem der Adipositas ist aber gerade nicht geeignet. Die Betroffenen wissen um ihr Problem, werden dauernd aufgeklärt und können häufig nicht einmal etwas dafür, dass ihre Proportionen nicht optimal sind. Übergewicht ist zu einem guten Teil genetisch verankert, was nicht heisst, dass auf gesunde Ernährung und Bewegung zu verzichten sei. Wir wissen es alle längst und geben uns Mühe, mit unterschiedlichem Erfolg. Es gibt zudem bereits genügend Aktionen in Schule und Medizin, die es besser zu nutzen gilt, bevor wir etwas Neues erfinden. Die Gewichtskurve in der Schweiz zeigt zudem nach jüngsten Untersuchungen erfreulicherweise wieder etwas nach unten. Anstelle einer teuren Plakat- und Hochglanzkampagne schlage ich als KEF-Idee vor, dass die öffentlichen Gebäude um ein bis zwei Grad weniger zu heizen sind. Dies sorgt für Bewegung, die Betroffenen verbrennen zusätzliche Kalorien zum Erhalt der Thermoneutralität. Und die einfache Massnahme ist erst noch ökologisch sinnvoll bei gleichzeitiger Kosteneffizienz.

Ich gehe noch einen Schritt weiter als Urs Lauffer und melde mich als Ehrenmitglied bei der richtigen Hälfte der Grünen an (*Heiterkeit*).

Urs Hans (Grüne, Turbenthal): Zu den Informationskampagnen zu unserem Lebensstil: Grundsätzlich habe ich Verständnis für den Streichungsantrag des Legislaturziels 14.2 von Esther Guyer. Dennoch finde ich, dass es die Pflicht der Regierung wäre, die Gesundheit der Bevölkerung ernster zu nehmen, statt Alibiübungen zu veranstalten. Man darf sich auch generell fragen, ob wir nun ein Gesundheits- oder eben eher ein Krankheitssystem haben. Wer hat denn nun wirklich ein echtes Interesse an mehr Gesundheit in der Bevölkerung? Je mehr Kranke, desto besser rentiert die Krankheits- und die Pharmaindustrie und desto mehr steigt der Börsenwert von Roche und Novartis – zum Wohle der Aktionäre und zum Schaden der Gesundheit. Statt die Eigenverantwortung der Bevölkerung zu stärken, nimmt deren Bevormundung in beängstigender Masse zu. Beispiele dafür sind auch behördliche Werbekampagnen für Impfungen mit ungenügend getesteten Impfstoffen und deren Adjuvantien mit Rückständen.

Gesundheitsförderung würde naturgemäss bei gesunden Lebensmitteln beginnen. Aber solange die Pharma- und die Agroindustrie die Grenzwerte für Schadstoffe selbst festlegen, muss man sich nicht wundern, wenn hirndegenerative Langzeiterkrankungen wie Alzheimer, Parkinson, ALS (*Amyotrophe Lateralsklerose*) et cetera massiv zunehmen. Dies hat nichts mit der zunehmenden Überalterung zu tun, sondern mit Altlasten dieser Industrien. Echte und konsequente Gesundheitskampagnen könnten hier schnell Abhilfe schaffen. Ob unser FDP-Gesundheitsdirektor (*Thomas Heiniger*) dazu den Mut hat, ist zu bezweifeln.

Im Sinne eines Auftrags an die Regierung unterstützt ein Teil der Grünen diesen Vorstoss nicht.

Eva Gutmann (GLP, Zürich): Diese Präventionskampagne ist sicher sehr gut gemeint, aber die GLP kann sich trotzdem nicht für diese Erziehungsmassnahmen erwärmen. Was meinen Sie denn, woher kommen die überflüssigen Pfunde? Mangels Wissen? Ja also, dass wir mehr Früchte und Gemüse essen sollten, dass wir uns mehr bewegen sollten, das wissen wir doch alle schon längst, oder? Und ich glaube, wenn es noch Leute gibt, die das nicht wissen, dann werden die auch nicht durch diese schönen und moralisierenden Plakate bekehrt.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Prävention. Aber was ist wirksame Prävention? Sie wird ja bereits heute betrieben und sie zeigt scheinbar

auch Wirkung, denn der Anteil an Leuten mit BMI (*Body-Mass-Index*) über 30 ist bereits am Sinken. Klar, kann man jetzt noch Plakataktionen und solche Sachen hinterherschieben und dann sagen, da sei ein grossartiger Erfolg, wenn es weiter in dieser Linie sinkt.

Wirksame Prävention ist, wenn man die Anzahl Sportstunden in der Schule nicht reduziert, sondern beibehält. Wirksame Prävention ist, wenn man in den Horten für gesunde Ernährung sorgt. Wirksame Prävention ist auch, wenn man an den Schulen weiterhin gesunde Ernährung unterrichtet, so wie man das bereits jetzt tut. Leute mit einem BMI über 30 können Sie nicht mit Plakataktionen zum Abnehmen bringen, sondern die brauchen eine Therapie. Und ob sie eine solche Therapie in Anspruch nehmen wollen oder nicht, das entscheiden diese Leute selber.

Zu Recht wurde erwähnt, dass es auch sehr magere Leute gibt, dass es Leute gibt, die extrem Ausdauersport betreiben, und auch das ist nicht immer unbedingt gesund. Wir können nicht alle Leute zu einer gesunden Lebensweise zwingen. Ich bitte Sie, diese Erklärung anzunehmen, ihr zuzustimmen. Das Ziel einer gesunden Lebensweise geht deshalb trotzdem nicht verloren, es kann so weiterverfolgt werden wie bis anhin. Ich danke Ihnen.

Ruth Kleiber (EVP, Winterthur): Die EVP-Fraktion stimmt dieser KEF-Erklärung einstimmig zu. Einerseits kann der Kanton Zürich mit dem Verzicht des Projektes «Gesundheitsförderung» locker Geld sparen, es tut niemandem weh, andererseits haben die Medien, die Zeitungen und die Zeitschriften schon lange dieses Thema aufgenommen. Wer also gesund leben will, kann sich täglich damit konfrontieren lassen. Ich muss Esther Guyer recht geben: Der Staat soll nicht zu jedem Thema, welches das Privatleben tangiert, irgendeine Kampagne aufgleisen. Hier müssen tatsächlich Grenzen gesetzt werden. Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen weiterhin eigenverantwortlich handeln können.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Nach Ansicht der EDU kann auf diese Informationskampagne verzichtet werden. Es ist allen bekannt, dass gewisse Verhaltensweisen der Gesundheit schaden und andere die Gesundheit fördern. Wir haben genügend Informationen, setzen wir diese um! Für uns setzt sich vielmehr die Frage nach der Umsetzung dieser Erkenntnisse. Soll jeder tun können, was er will,

und die Allgemeinheit trägt dann die Kosten? Darauf haben auch wir noch keine Antwort gefunden. Unser Leben ist derart auf persönliche Entfaltung ausgerichtet, Freiheit ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl. Die «G-Worte», das sind Gemeinschaft, Grosszügigkeit, Gerechtigkeit, Geduld, Gott und Geben, beeinflussen unser Verhalten nur, wenn es um grosse Katastrophen wie um das Erdbeben in Haiti geht. Sonst beherrscht Egoismus unser Verhalten. Wir stimmen der Streichung zu und ersparen uns dieses Geld für unnütze Informationskampagnen. Danke.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich möchte noch den Blick auf etwas anderes werfen, nämlich die Bürokratie, die dahinter steckt. Als damals frischgebackener Gesundheitsvorstand meiner Gemeinde wurde ich von der damaligen Gesundheitsdirektorin (*Alt-Regierungsrätin Verena Diener*) darauf aufmerksam gemacht, dass man auch in der Gemeinde Prävention machen könne, an sich eine gute Idee. Ich habe mich dann erkundigt. Nach drei Telefonaten in die Gesundheitsdirektion wurde ich dann ans Institut für Präventivmedizin verwiesen. Nach weiteren drei Telefonaten kam ich bei der Stiftung Radix an. Nach weiteren, also insgesamt 16 Telefonaten, war ich dann bei einer Sachbearbeiterin der Krebsliga. Ich wollte eine Kampagne für «fünfmal Gemüse am Tag» kreieren. Ich wollte dann, dass man jedem Haushalt einen Flyer abgeben kann. Mir wurde dann gesagt, dass die Gemeinde diese Flyer der Krebsliga selber bezahlen muss. Ich habe mir dann einfach überlegt: Da wird man also an das Institut verwiesen. Dort wird mal ein Teil der Kampagnengelder durch die Verwaltung abgeschöpft. Dann geht es an die Stiftung Radix, dort wird etwas abgeschöpft, und dann geht es irgendwohin und am Schluss steht das Werbebüro. Was effektiv für eine Kampagne übrig bleibt, muss eine Gemeinde dann noch selber kaufen. Das ist ein Witz!

Die Zielgruppe für diese Kampagne – das sieht man, wenn man die Homepage anschaut – ist die Bevölkerung dieses Kantons. Es sind nicht die Adipositas-Leute oder die Adipositas-Gefährdeten, sondern es ist die Bevölkerung des Kantons. Also hat man sich nur schon in der Zielgruppe geirrt. Also jetzt muss sich zuerst einmal das Werbebüro rechtfertigen, wieso es eine Kampagne macht, wenn es 90 Prozent der Bevölkerung überhaupt nicht interessiert, respektive es nur darum geht, die Fettleibigen in die Ecke zu stellen.

Ein weiteres Problem, das sollte man vielleicht auch einmal thematisieren: Ein gewisses Übergewicht ist gesund. Lesen Sie einmal die Geschichten dazu! Aber die Mortalität von Unterernährung ist grauenhaft. Dort braucht es mehr. Und mit dieser Kampagne, die in einer Dummlichkeit daherkommt, dass es wehtut, macht man eben genau in diesem Bereich keine Fortschritte.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Ich möchte eine Lanze brechen für die Prävention in der Medizin. Es ist wirklich schade, dass wir aufgrund der mangelnden Qualität dieser Kampagne Prävention infrage stellen. Der Mangel an Qualität hat mitunter die Regierung zu verantworten, vielleicht hören wir diesbezüglich noch eine Rechtfertigung. Ich muss Ihnen sagen, ich bin auch nicht sehr begeistert von dieser Kampagne. Andere Länder machen uns das deutlich besser vor. Australien ist hier zu nennen, und das ist keine gesundheitsfundamentalistische Gesellschaft dort. Die machen uns das hervorragend als Beispiel vor.

Prävention ist im Gesundheitsgesetz verankert; dies zu Recht. Es ist nämlich unumstritten, dass wir uns die wachsenden Kosten im Gesundheitswesen nicht mehr leisten können. Die Prävention wird uns nicht als Luxus zur Verfügung gestellt, sie wird uns wohl oder übel aufgezwungen. Prävention ist überlebensnotwendig für unser Gesundheitswesen. Ich spreche hier nicht ohne Grundlagen, Gesundheitsforen haben dies seit dem letzten Jahr wirklich ausgiebig thematisiert. Die Prävention als Begriff ist erst aufgegriffen. Am 28. Januar 2010 werde ich selber teilnehmen, es ist wieder ein nächstes Forum in Bern geplant. Das Gesundheitsforum «Santé – Gesundheit». Und hier sprechen wir über die verschiedenen Entwicklungen im Gesundheitswesen. Wenn ich so sagen kann, ist da schon ein bisschen Gesundheitsgeschichtsschreibung vorhanden. Im Jahr 2005 haben wir vorwiegend über die Mortalität im Gesundheitswesen gesprochen. Dort ging es darum, die Todesfälle pro Erkrankten zu reduzieren. Im Jahr 2000 sprachen wir von der Gesundheitsrevolution, die Morbidität zu senken. Da geht es darum, die Lebensqualität zu steigern, wenn man erkrankt ist. Und im Jahr 2020 werden wir mit der dritten Revolution konfrontiert, da sprechen wir eben über Gesundheitsmanagement, über Prävention.

Schauen Sie, wenn Sie jetzt vor mir über einen Laufsteg laufen würden – das kann Oskar Denzler sicher auch bezeugen, dann könnte

ich Ihnen jetzt aufgrund Ihrer Physiognomie sagen, welches Risiko Sie haben, an einem metabolischen Syndrom zu erkranken. Ich kann Ihnen auch sagen, wenn Sie mir kurz über Ihren Lebensstil erzählen, ob Sie mit 65 Arthrose bekommen werden oder nicht. Danke für das Exempel. Ich kann Ihnen an meinem Beispiel, an meinem Lebenswandel sagen: Ich war so viel auf der Skipiste, ich habe schon jetzt die ersten Vorboten von Arthrose in meinem Knie. Ich behandle meine Arthrose jetzt, damit ich nicht mit 65 ein Gelenk haben muss.

Das Recht auf deinen Bauch ja, aber das soll in vollem Wissen und Gewissen jeder auch haben können. Und wir wissen, dass dicke Leute eben meistens nicht aus hochgebildeten Schichten, sondern eben aus bildungsfernen Schichten kommen (*Heiterkeit*) und daher eben nicht informiert sind über das Recht auf ihren Bauch, vorwiegend nicht über die vollen Konsequenzen ihres Rechts.

Ich argumentiere hier auch als Gewerbler. Der scheidende KVG-Präsident (*Kantonaler Gewerbeverband*) Robert Gubler hat in seiner letzten Rede an der Plenarversammlung gesagt, dass Gesundheitspolitik auch Gewerbepolitik sein wird. Denn die Gesundheitskosten werden immer mehr und mehr den freien Franken für die Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Portfolio, aus seinem Portemonnaie entnehmen und somit werden wir keine Ausgaben mehr ins Gewerbe machen können. Ich sage Ihnen: Die Prävention wird uns aufgezwungen werden, ob wir das wollen oder nicht. Wenn die Aktion, die heute läuft, halt qualitativ schlecht ist, dann dürfen wir nicht deswegen gleich das Kind mit dem Bade ausschütten.

Esther Guyer (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Das erstaunt mich schon ein bisschen, dass jetzt doch sicher fast ein Drittel der Kantonsräte aus bildungsfernen Schichten kommen sollen (*Heiterkeit*). Aber lassen wir das! Ich habe natürlich nicht gesagt, dass Prävention generell nichts nützt. Ich habe das nie erwähnt in meinem Referat, das muss ich Ihnen jetzt sagen. Ich kenne auch eine Prävention, die sehr wohl und sehr gut genützt hat, das ist die Aids-Kampagne. Aber die war nicht moralisch, die war nicht belehrend, die war einfach eine Information für etwas, mit dem man neu leben lernen musste. Ich kenne die Zeit davor, es war eine andere Zeit, das kann ich Ihnen sagen. Und nachher musste man sich an etwas Neues gewöhnen, und diese Kampagne hat genützt. Das war auch eine Art Prävention und das war sicher richtig.

Das habe ich nie gesagt, aber diese Art von An-den-Pranger-Stellen von Dicken ist etwas, das ich mindestens für mich nicht mag, das ich falsch finde, auch wenn es mich noch nicht betrifft. Trotzdem finde ich: Löschen wir dies, es ist nicht Sache des Kantons, diese Arbeit zu machen. Ich danke Ihnen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Es stört mich, dass hier ein ultraliberaler individualistischer Ansatz in dieser Diskussion dominiert. Wir verkennen doch alle in der bisherigen Diskussion, dass Gesundheit etwas zu tun hat mit Armut, etwas zu tun hat mit mangelnder Bildung; das ist direkt miteinander verknüpft. Und wenn wir nur auf den Einzelnen losgehen, wenn wir einen Ansatz wählen, er solle sich besser verhalten, wenn wir gar einen traumatisierten Ansatz wie die jeweiligen Hälften der Grünen wählen, dann sind wir auf dem Holzweg. Wichtig ist nicht, die Prävention zu verteufeln, wichtig ist, in der Prävention diese komplizierten Vernetzungen zwischen Bildung, Einkommen und Gesundheit zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen. Prävention muss dort ansetzen, wo es um mangelnde Bildung geht, also Vermitteln von Bildung. Prävention muss dort ansetzen, wo es um vererbte Armut geht, und da gibt es in diesem Land weiss Gott genug zu tun. Also verteufeln wir nicht Prävention an sich, weil wir irgendein Trauma haben oder weil wir überheblich daherkommen wollen, wie fit und wie schön wir sind. Nein, wir müssen diese vernetzten Probleme miteinander in Beziehung setzen und solche Ansätze wählen, die dann auch wirklich wirken: Also nicht Plakatkampagnen zum Erzeugen von schlechtem Gewissen natürlich, sondern Kampagnen, die die Armut bekämpfen, die die mangelnde Bildung bekämpfen. Und dann werden wir auch etwas tun zur Förderung der Gesundheit.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) spricht zum zweiten Mal: Ja, lieber Ruedi Lais, es handelt sich hier nicht um einen ultraliberalen Ansatz bei diesem Antrag. Ich würde eher sagen, es handle sich um eine Selbstverteidigungsübung, wie wir hier ansetzen müssen. Denn die Art und Weise, wie wir zum Teil von der Verwaltung behandelt und bevormundet werden, gilt es hier in solchen Ansätzen zu bekämpfen. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Regierungsrat Thomas Heiniger: Ich habe mit grossem Interesse zugehört, mit welchem grossem Gewicht oder vielleicht auch mit welchem

Übergewicht Sie sich fürs Übergewicht der Zürcher Bevölkerung einsetzen. Es ist eben anders, als Esther Guyer meint, es wäre nicht Sache des Kantons, sich hier starkzumachen. Es ist gerade Aufgabe des Kantons, nämlich in Anwendung des Gesundheitsgesetzes, sich für Massnahmen zur Gesundheitsförderung, Prävention auch einzusetzen, alles unter Wahrung der Eigenverantwortung, wie es auch hier geschieht. Es ist also ein Auftrag, den Sie mit Verabschiedung des Gesundheitsgesetzes den Gemeinden, dem Kanton, eben der öffentlichen Hand übertragen haben. Zum Glück, muss ich sagen, hat sich bei weiten Teilen der Bevölkerung bereits verstärkt die Auffassung durchgesetzt, dass Präventionskampagnen erfolgreich sein können. Unsere Medienkampagnen sind in umfassende Gesundheitsprogramme eingebettet und auch darauf abgestimmt. Deshalb werden sie gerade auch von der Gesundheitsförderung Schweiz unterstützt. Ihre Stärke liegt darin, dass sie ein kostengünstiges, ein sehr kostengünstiges Instrument darstellen, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Und sie wenden sich ja nicht direkt und unmittelbar nur an Sie. Denken Sie etwas weiter als nur an sich selbst, denken Sie an die Zürcher Bevölkerung, die mit diesen Problemen kämpft!

Diese Gesundheitsaktionen vermitteln auch Wissen und Orientierung über Ursachen von Gesundheitsproblemen sowie Lösungspotenziale und auch Anreize für Verhalten etwa auch in Form von Tipps. Sie sollen Freude am gesunden Verhalten vermitteln statt Verbote. Wer darin Verbote sieht, der täuscht sich, er hat sich mit der Kampagne nicht intensiv genug auseinandergesetzt. Das IPMZ, das Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich – und nicht das ISPMZ (*Institut für Sozial- und Präventivmedizin*) – verfügt über sehr langjährige Erfahrung und Kompetenz in der Konzeption und auch in der Evaluation von Gesundheitskampagnen. Und im Rahmen einer sehr, sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung des Kantons Zürich wurden seit Mitte der Neunzigerjahre repräsentative Bevölkerungsumfragen auch zur Wirksamkeit der bisherigen Präventionskampagnen durchgeführt. Ende der Neunzigerjahre war das beispielsweise zum Thema Sucht und seit 2000 auch zum Thema Ernährung, Bewegung, Entspannung. Genau dieses Institut hat auch die vorliegende Kampagne im Voraus beurteilt und für sehr zweckmässig angesehen.

Die Evaluation zeigt denn auch, dass die im Kanton Zürich bisher durchgeführten Gesundheitskampagnen erstens die Bevölkerung erreicht haben – das ist wichtig –, zweitens eine grosse Akzeptanz e r-

hielten und drittens auch positive Impulse für das Gesundheitsverhalten gaben. Und Sie täuschen sich, Eva Gutmann und Hans Peter Häring, wenn Sie glauben, dass das Wissen in der Bevölkerung bereits so gross sei, dass sich solche Kampagnen erübrigen würden. Sie staunen, wie klein es eben ist. Deshalb sind gerade diese Kampagnen keine Alibiübungen und auch keine Bevormundung, Willy Haderer. 80 Prozent der Befragten beurteilten die durchgeführten Präventionskampagnen als wichtig oder sogar als sehr wichtig. Fast 60 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass man mit Aufklärung, mit Information zu Gesundheitsbelangen etwas erreichen könne. Und zwei Drittel haben die vermittelten Tipps schon ausprobiert. Und mehr als die Hälfte der Befragten gab an, diese fest in ihren Alltag integrieren zu wollen. Es ist günstiger, Gesundheit zu erhalten statt Krankheit nachher zu heilen.

Und wenn die laufende Informationskampagne jetzt das Problem des Übergewichts thematisiert, ist das nicht irgendein Thema, sondern es ist ein wichtiges Thema. Beim Übergewicht handelt es sich um ein Gesundheitsproblem mit erheblichen Risiken für Folgeerkrankungen mit potenziell beträchtlichen Auswirkungen auf das öffentliche Gesundheitssystem. Das muss Ihnen genauso am Herzen liegen wie dem oder der Einzelnen. Vor allem die beängstigende Zunahme an übergewichtigen Kindern, das muss ich hier auch sagen, ist auffällig. In der Stadt Zürich ist bereits jedes fünfte Kind übergewichtig beim Eintritt in den Kindergarten. Wer als Kind übergewichtig ist, das wissen Sie ja, hat zudem keine guten Aussichten, jemals ein gesundes Körpergewicht zu erlangen. Die jährlichen Kosten für die Folgen von Übergewicht werden für den Kanton Zürich, Sie sehen das auch auf den Plakaten, auf rund 900 Millionen Franken– rund 900 Millionen Franken! – jedes Jahr berechnet. Und angesichts dieser Tatsache erscheinen 300'000 Franken für eine Informationskampagne durchaus gut angelegt; es sind 0,3 Promille. Sie sparen am falschen Ort, wenn Sie hier die KEF-Erklärung unterstützen. Einfacher gelingt Ihnen Sparen wahrscheinlich nirgends.

Es mag, wie Esther Guyer gesagt hat, durchaus ein Recht auf Selbstschädigung geben, aber eben auch auf eigene Kosten und nicht auf Kosten der Allgemeinheit. Lehnen Sie deshalb die Überweisung dieser KEF-Erklärung ab. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 12 mit 116 : 48 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zu.

13

Neuer Entwicklungsschwerpunkt E4: Sicherung Nachwuchs im Pflegebereich

(Markus Späth, Kurt Leuch und Susanne Rihs)

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Das schweizerische Gesundheitsobservatorium ist sicher kein alarmistisches Gremium. Es ist das gemeinsame Organ der Gesundheitsdirektorenkonferenz und des Eidgenössischen Departements des Innern. Im August 2009 kam dieses Observatorium zu folgender Schlussfolgerung, ich zitiere: «Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die älter werdende Bevölkerung und die Alterung des Gesundheitspersonals einen starken Bedarf an qualifiziertem Gesundheitspersonal erzeugen.» Gemäss den untersuchten Szenarien müssen bis zum Jahr 2030 zwischen – man höre! – 120'000 und 190'000 Fachpersonen rekrutiert werden in der ganzen Schweiz. Mindestens zwei Drittel davon sind notwendig, um Personal zu ersetzen, welches das Rentenalter erreicht. Das dritte Drittel muss den gestiegenen Bedarf an Pflege- und Versorgungseinrichtungen abdecken. Das ist eine nüchterne Analyse mit beunruhigendem Ergebnis. Was heisst das für uns im Kanton Zürich? Es gibt zwei unabhängige Analysen, die davon ausgehen, dass pro Jahr rund 750 Pflegeausbildungsplätze geschaffen werden sollten. Tatsächlich stehen wir im Jahr 2009 gerade mal bei 450. Die Zahlen steigen zwar in den letzten Jahren, aber wir bilden im Moment nur gerade 60 Prozent des Bedarfs aus. Angesichts der gesamtschweizerischen Entwicklung ist völlig klar: Wir sind noch lange nicht dort, wo wir eigentlich sein müssten. Deshalb schlagen wir diesen neuen Entwicklungsschwerpunkt E4 vor. Auch und gerade in den kommenden finanziell schwierigen Zeiten darf die Ausbildung im Gesundheitsbereich nicht unter die Räder kommen, im Gegenteil: Hier muss ein Aufbau stattfinden. Die KEF-Erklärung stellt eine klare Aufforderung an die Regierung und alle Ausbildungsinstitutionen dar, hier noch stärker aktiv zu werden als bisher.

Die ganze Angelegenheit hat nicht nur einen quantitativen Aspekt. Der Kanton braucht dringend auch Pflegefachleute, die nach der Grundausbildung noch eine höhere Fachausbildung absolvieren. Diese

erfolgt praktisch immer berufsbegleitend. Alle, die in dieser Ausbildung zu höheren Berufen stecken, müssen während der Weiterbildung teilzeitlich als Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten. Sie haben dabei nur einen minimalen Verdienst. Gemäss Auskunft des Regierungsrates auf eine Anfrage (310/2009) soll zumindest in Zukunft dieser Praktikantinnenlohn monatlich ausbezahlt werden; bisher wurde er nur quartals- oder semesterweise ausbezahlt, man stelle sich das vor. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, die ganze Sache geht aber viel zu wenig weit, das ist nur eine zu geringe Attraktivierung. Zudem ist die Höhe des Lohnes untragbar. Der Regierungsrat selber geht davon aus, dass die Leistung der Praktikantinnen und Praktikanten im zweiten Ausbildungsjahr 50 Prozent, im dritten sogar 80 Prozent betrage. Tatsächlich erhalten diese Praktikantinnen für eine 50-Prozent-Anstellung aber nur zwischen 1000 und 1300 Franken. Wohlverstanden, es handelt sich um vollausgebildete Leute mit abgeschlossener Lehre als Fachangestellte Gesundheit. Einzelne Ausbildungsbetriebe halten sich vernünftigerweise heute schon lange nicht mehr an diese unsinnigen Richtlinien und bezahlen Löhne, die sich an der effektiven Produktivität der Betroffenen orientieren. Wenn wir jetzt nicht die Anzahl der Pflegeausbildungsplätze massiv ausbauen und die Weiterbildung attraktivieren, laufen wir mit Gewissheit auf einen Pflegenotstand zu. Alle Nachbarländer weisen eine ähnliche Entwicklung auf. Es ist eine Illusion zu glauben, wir könnten dann, wenn Not am Mann und an der Frau ist, einfach qualifiziertes Personal importieren.

Wir alle werden über kurz oder lang auf Pflege angewiesen sein. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir uns dann nicht beklagen dürfen, wenn nicht genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, mit dem wir uns zudem auch noch in unserer eigenen Sprache unterhalten können. Ich bitte um Zustimmung.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Im Grundsatz liegt dieser Antrag richtig. Das Problem, das aufgezeigt wird, dass wir zu wenig Pflegepersonal haben, insbesondere an unseren Spitälern, ist so und ist nicht wegzudiskutieren. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass in der kürzlichen Vergangenheit Massnahmen mit Ausbildungsgängen geschaffen wurden, dass diesem Problem zuleibe gerückt werden kann. Was Sie aber immer wieder betreiben, meine Kolleginnen und Kollegen von der SP, ist, eine Akademisierung dieses Berufes zu verlangen. Deshalb ist schon im Antragstext die attraktive Ausgestal-

tung für Studierende an den Höheren Fachschulen der Haupttext. Und es ist in der Begründung ebenso wieder gesagt, dass genügend Interessierte dafür gewonnen werden müssen, auch lohnmässig besser behandelt zu werden.

Das Problem liegt aber überhaupt nicht dort. Die Spitäler nehmen ihre Ausbildungsverantwortung heute ganz klar und eindeutig nicht wahr. Ich habe das in den Geschäftsberichten über die beiden Spitäler schon zweimal hier im Rat genannt. Wie es so ist mit diesen Geschäftsberichten: Das wird natürlich unter den Tisch gewischt, da kommt nicht einmal eine Meldung in den Zeitungen, dass der Geschäftsbericht genehmigt ist. So sieht es aus und so klein ist auch das Interesse der Öffentlichkeit. Wir sind selber schuld, heisst das, dass wir einen so hohen Anteil an Ausländern an unseren Spitälern haben. Das haben wir selbst verursacht.

Und noch ein Punkt dazu: Wenn wir feststellen müssen, dass wir genügend Pflegepersonal, eben bestückt durch Ausländerinnen und Ausländer, hier an unseren Spitälern bekommen, dann müssen wir doch sagen, das sind attraktive Plätze, die gern von Leuten eingenommen werden, die eine gute Ausbildung haben. Es gilt hier zu handeln, damit die FaGe-Ausbildung (*Fachangestellte Gesundheit*) einen Stellenwert bekommt, der nicht einfach nur auf die Seite gewischt wird, wie Ihr das tut und wie es offensichtlich auch die Spitäler handhaben. Die Ärzteschaft und die Führung der Spitäler sind die Hauptverantwortlichen, dass sie die Strukturen an den Spitälern nicht schaffen, damit diese Ausbildung vernünftig angeboten werden kann. Und dann haben wir auch genügend Leute, die erstens in den Spitälern diese Pflegeaufgabe wahrnehmen können. Aber dazu kommt, dass es aus diesem Kreis auch genügend Nachschub gibt für die Fachhochschulausbildung, also für die Weiterausbildung. Was denken Sie denn, was die grafische Industrie zum Beispiel tut, wenn sie zu wenige Ausgebildete hat? Wir können auch nicht einfach ausweichen, und wir haben das schon mehrfach erlebt. Es geht in meiner Branche zurück bis in meine Stiftenzeit, als mehr Deutsche hier arbeiteten, als wir ausgebildete Schweizer hatten.

Wir kommen nicht daran vorbei: Die Ausbildungsverantwortung für die eigenen Betriebe hat die Branche selbst. Und wenn die Branche das nicht wahrnimmt, dann werden diese Plätze einfach durch Ausländerinnen und Ausländer belegt – heute noch. Was machen wir, wenn dann der Bedarf in Deutschland so gross wird, dass eben trotz der besseren Bedingungen hier die Deutschen angehalten werden, im

eigenen Land zu dienen? Das sind die Probleme und die lösen wir nicht mit einer so verklausulierten Forderung, dass man den Status und die Löhne dieser Auszubildenden erhöhen muss. Das führt nicht zum Ziel und das ist auch der Grund, warum wir von der SVP diese Erklärung zum KEF ablehnen.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Aus meiner Sicht ist diese KEF-Erklärung eine der wichtigsten und sinnvollsten überhaupt, denn sie geht uns alle an. Wir alle werden früher oder später älter, vielleicht pflegebedürftig oder beanspruchen zumindest ärztliche Hilfe oder Betreuung im Spital, mit oder ohne Prävention, ob wir das wollen oder nicht. Und die Lebenserwartung steigt und steigt, aber nicht unbedingt die Lebensqualität. Und dann gibt es noch die Leute – Willy Haderer hat es erwähnt –, die lieber Schweizer Pflegende wollen als zum Beispiel Deutsche. Deshalb brauchen wir genügend Nachwuchs im Pflege- und Betreuungsbereich. Und wir brauchen – und da hat er recht – vor allem mehr Lehrstellen in den Pflegeheimen und Spitälern. Wir brauchen genügend Ausbildungsplätze auf allen Stufen, vom niederschwelligsten Ausbildungsgang, wie zum Beispiel der Attestausbildung, bis hinauf zu den Höheren Fachschulen. Und dazu kommt und das ist ganz wichtig, dass all diese Lehrgänge durchgängig sein müssen. Mit einer attraktiven, breit gefächerten, wirklich breit gefächerten Palette an Ausbildungen im Pflegebereich gelingt es uns vielleicht – wirklich nur vielleicht –, den Notstand in diesem Berufszweig zu stoppen. Angesichts der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Lebenserwartung ist das wirklich mehr als dringend. Ich begreife nicht, warum die SVP hier nicht Hand bietet. Auch Sie werden älter, auch Sie, Willy Haderer. Danke.

Oskar Denzler (FDP, Winterthur): Die FDP-Fraktion wird dieser KEF-Erklärung als neuem Entwicklungsschwerpunkt zustimmen. Bereits heute besteht ein eigentlicher Pflegenotstand an den Spitälern, indem es immer schwieriger wird, genügend qualifizierte Fachkräfte zu finden, welche den steigenden Anforderungen in Betreuung und Administration genügen. Die unregelmässigen Arbeitszeiten sind zudem bei jungen Leuten wenig beliebt, weshalb auch bereits Ausgebildete in andere Sparten wechseln. Der Berufszweig FaGe hat sich bewährt, die FaGe, Willy Haderer, sind auch nicht besonders akademisch. Die Ausbildung ist gut gestartet. Ausbildungsplätze werden in

unterschiedlicher Dichte angeboten. Trotzdem wird es etwas zusätzlichen staatlichen Druck und Anreize benötigen, damit die Ausbildungsstellen an Spitälern und Heimen vermehrt werden. Die Lehrgänge sind zudem zielgruppengerecht attraktiv und flexibel zu gestalten. Interessierte für eine Kaderausbildung sollen frühzeitig erfasst und gefördert werden hinsichtlich berufsbegleitender Weiterbildung zur höheren Fachangestellten. Das Stellenprofil der Spitalabteilungen ist entsprechend anzupassen.

Es ist ja nicht alles, was Willy Haderer gesagt hat, falsch, nur zieht er die falschen Schlüsse. Wir von der FDP stimmen dieser KEF-Erklärung zu.

Ruth Kleiber (EVP, Winterthur): Die EVP-Fraktion stimmt dieser Erklärung einstimmig zu. Es ist wichtig, dass gezielt Anstrengungen unternommen werden, damit genügend Personal im Kanton Zürich im Pflegebereich ausgebildet wird. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass für Wiedereinsteigerinnen im Pflegeberuf, zum Beispiel nach der Baby-Pause, der Einstieg ins Berufsleben erleichtert, attraktiver und wenn möglich familienfreundlicher angeboten wird. Wie mir heute bekannt ist, ist es für eine Mutter mit zwei schulpflichtigen Kindern schwierig, die Hürden des Wiedereinstiegs zu bewältigen.

Eva Gutmann (GLP, Zürich): Wir stimmen dieser KEF-Erklärung auch zu. Dieses Thema wurde bis jetzt mehrere Male besprochen und man hat den Eindruck, es wurde noch nicht wirklich angepackt. Der Schwerpunkt bei der Förderung an Ausbildung muss dabei bei der FaGe-Ausbildung und bei der FaBe-Ausbildung (*Fachangestellte Betreuung*) liegen. Es stimmt, dass wir ein Problem mit einer Tendenz haben, Berufsausbildung zu stark zu akademisieren, was den Personalnotstand noch verstärken könnte. Trotzdem braucht es auch Unterstützung bei den weiterführenden Berufsausbildungen. Eine grössere Attraktivität dieser Berufsausbildung an der Höheren Fachschule könnte eine Anhebung des Praktikumslohns sein, im Vergleich auch zur Polizistenausbildung, wo ja der Lohn voll bezahlt wird während der ganzen Ausbildung. Es könnte auch ein begleitendes Darlehen sein, das nicht rückzahlbar ist, wenn man dann mehrere Jahre im Beruf verbleibt. Der Schwerpunkt sollte aber wie gesagt nicht bei der Fachhochschulausbildung sein, sondern bei der Grundausbildung. Und

dafür müssen die nötigen Ausbildungsplätze geschaffen werden und diese Anzahl Ausbildungsplätze sind im Moment einfach noch nicht genügend vorhanden. Es gibt nämlich Interessenten für diese Ausbildung. Wir machen Werbung, dass die Leute sich für diese Ausbildung interessieren sollen, aber dann finden sie nicht die nötigen Ausbildungsplätze. Wenn die Spitäler uns sagen, das sei aus organisatorischen Gründen schwierig: Ja, natürlich ist das schwierig und bringt organisatorische Umtriebe, wenn man Leute ausbildet. Aber das kann kein Grund sein, oder?

Neben der Grundausbildung sollte man doch auch überlegen, ob man nicht auch im Bereich der Gesundheitsberufe die Attestausbildung einführen könnte. Der Kanton Aargau ist uns da mit einem Pilotprojekt voraus. Neben der verstärkten Ausbildung an Personal – das hat bereits jemand auch erwähnt – ist es wichtig, dass die Arbeitsplätze familienfreundlich gestaltet werden. Wir haben einen relativ hohen Frauenanteil in diesem Bereich und es ist ungünstig, wenn sich nachher die Frauen zurückziehen, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt. Dann haben wir einiges verloren, das wir in die Ausbildung investiert haben. Das ist auch zu verhindern.

Wir unterstützen diese KEF-Erklärung und fordern nachdrücklich dazu auf, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, vor allem im Bereich der Grundausbildung, und auch in Richtung Attestausbildung weiterzudenken.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Die EDU spricht sich für die Sicherstellung des Nachwuchses in den Pflegeberufen aus. Es ist wichtig, dass wir genügend ausgebildete Leute haben, denn neben der Pflege in den Akutspitälern wird der Übergangspflege und der Pflege zu Hause eine immer grössere Bedeutung zukommen. Sparen wir nicht am falschen Ort, denn sonst wird es uns teuer zu stehen kommen! Danke.

Barbara Bussmann (SP, Volketswil): Als Pflegefachfrau, die teilweise noch in einem Listenspital im Kanton Zürich arbeitet, möchte ich hier doch noch einiges klarstellen. Ich bin absolut einverstanden mit dem Einwand von Willy Haderer und anderen, dass vor allem auch Lehrstellen für Fachangestellte Gesundheit geschaffen werden müssen. Das ist richtig, ich bin da total einverstanden. Aber ich möchte Ihnen zu bedenken geben, dass diese zusätzlichen Lernenden von jemandem

in der Praxis ausgebildet werden müssen, und das sind am Anfang der Ausbildung vielleicht ausgebildete Fachangestellte Gesundheit, aber später sind das dann eben Pflegefachleute. Und die müssen vorhanden sein. Man darf auch nicht unterschätzen, dass eine Fachperson Gesundheit – so heissen sie ja jetzt – oder eine Fachfrau oder ein Fachmann Gesundheit immer in Delegation einer Pflegefachfrau oder eines Pflegefachmanns arbeitet. Die Pflegefachleute haben also enorm viele Aufgaben: Sie müssen die Pflege planen. Sie müssen Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit überwachen. Sie müssen Lernende ausbilden. Und dafür braucht es genügend Personal. Es ist wichtig, dass viele Menschen, die eine FaGe gelernt haben, die Höhere Fachschule machen, damit wir diese Fachleute dann auch haben. Um diese Attraktivität zu steigern, ist eben der Vorschlag, den Praktikumslohn zu erhöhen, geeignet.

Ich möchte Ihnen darum ans Herz legen, diese KEF-Erklärung zu unterstützen.

Markus Späth (SP, Feuerthalen) spricht zum zweiten Mal: Lieber Willy Haderer, ich danke ganz herzlich für die überzeugende Argumentation. Sie entspricht weitgehend dem, was ich als Begründung angeführt habe. Nur die Schlussfolgerung erweist sich als kleiner argumentativer Sündenfall, der aber zu verzeihen sei, weil die Argumente, die du gebracht hast, wirklich überzeugend sind. Es geht nicht um Akademisierung in dieser KEF-Erklärung, im Gegenteil. Es sind zwei Dinge, ich betone es noch einmal, die wir damit anstreben: Erstens einen Ausbau der Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit im elementaren Bereich und zweitens eine Attraktivierung der Ausbildung auf höherer Stufe, bei den Fachhochschulen und bei den Höheren Fachschulen. Darum geht es. Wie reagiert die Bauindustrie, wie reagiert die grafische Industrie, wenn sie Ausbildungsnotstand feststellen? Ja, dann attraktivieren sie eben die Bedingungen für diese Ausbildungen. Genau das erwarten wir vom Kanton, nicht mehr und nicht weniger.

Und zu Eva Gutmann: In KEF-Erklärung 20 geht es um die Attestausbildungsplätze im Gesundheitsbereich. Ich hoffe, dass wir dann die Unterstützung bekommen.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Eine der grössten Herausforderungen für mich im Kantonsrat ist es jeweils, Willy Haderer zuzuhören, wenn er

zum Pflegepersonalmangel spricht – ruhig zuzuhören. Was er zur Akademisierung gesagt hat, ist schlicht und einfach falsch. Gerade Männer finden wir in der Pflege nur dann, wenn es attraktiv ist, wenn es eine Laufbahn gibt und wenn Akademisierung vorhanden ist; so viel zu diesem Bereich.

Was aber noch wichtiger ist: Gerade bei der Ausbildung und Tätigkeit der FaGe wissen wir, dass die Langzeitpflege und die Spitex ideale Ausbildungs- und Arbeitsorte wären. Willy Haderer, du warst doch einmal Gemeindepräsident, nimm deine Gemeinde und alle rund herum in die Pflicht und nehmt endlich als Gemeinden die Verantwortung wahr, die ihr bei der Ausbildung von FaGe habt, was ihr hier ja auch so hervorstreicht! Nehmt diese Verantwortung wahr, ich sage es noch einmal. Und zu guter Letzt: 80 Prozent der Pflegenden sind Frauen. Lasst euch etwas einfallen, dass die Männer auch einmal als FaGe, möglicherweise sogar als Attestausgebildete oder HöFa 1 (*Höhere Fachschule*) oder HöFa 2, dass die Männer überall auch dort ihre Pflicht wahrnehmen und mitpflegen. Also, Willy Haderer, Aufruf! Ich danke.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) spricht zum zweiten Mal: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SP, die SVP ist gegen diese Erklärung, weil sie das Ross beim Schwanz aufzäumt. Sie können nicht aus Häuptlingen einen Stamm bilden. Sie brauchen zuerst genügend Indianer, um daraus Häuptlinge zu bestimmen und auszubilden und dann einen Stamm zu führen. Das ist der Weg. Und Sie gehen den von oben herab über die höhere Fachausbildung. Das liegt Ihnen am Herzen. Uns liegt die Fachausbildung, aus der alles entstehen soll, am Herzen. Und deshalb unterstützen wir diesen Vorschlag nicht. Ich habe übrigens genau gesagt, wie ich mir das vorstelle, nämlich genau wie in der Wirtschaft auch, dass die Fachausbildung eben der Grundstock jeder Weiterausbildung ist. Und das müssen wir heranbringen, sei es in den Spitälern, sei es in den Altersheimen, sei es in der Spitex oder auch in den Arztpraxen.

Regierungsrat Thomas Heiniger: Sie wissen es, gemäss Gesundheitsgesetz teilen sich der Kanton und die Gemeinden die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung. Die Verantwortung für die Bereitstellung der für die Nachwuchssicherung erforderlichen Ausbildungsplätze wiederum liegt aber schweizweit für alle Berufe der Sekundarstufe

2 bei den Betrieben, also bei den Arbeitgebern, hier bei den Spitälern. Das wurde zu Recht auch in Ihren Reihen festgestellt. An diesem austarierten System soll grundsätzlich festgehalten werden. Dort, wo die Rechtsgrundlagen dem Kanton die Förderung des Nachwuchses beziehungsweise der Gesundheitsberufe ermöglichen, ist er bereits auch tätig. Und die konkreten heutigen und auch neu beabsichtigten Bestrebungen der Gesundheitsdirektion zur Sicherung und Förderung des Nachwuchses – der nötigen Sicherung und Förderung des Nachwuchses – in den Gesundheitsberufen decken sich grundsätzlich mit der Stossrichtung der KEF-Erklärung. Ich möchte Ihnen aber einfach auch etwas in Erinnerung rufen: Sie fordern mehr Ausbildungsplätze, einen Ausbau der Ausbildungsplätze, und Sie wünschen attraktivere Ausgestaltung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen für Studierende. Das geht nicht zum Nulltarif. Ausbildung bedeutet auch Arbeit, das haben wir gehört, und erfordert Zeit. Ausbildung kostet auch Geld. Und Ausbau der Arbeits- und Ausbildungsplätze heisst eben auch Ausbau des Aufwands; nur dass Sie auch daran denken.

Ich möchte noch präzisieren und auf etwas Kleines hinweisen: Die Ausbildung zur Fachperson Betreuung, der FaBe, gehört nicht zur Gesundheit, sondern zu den Sozialberufen. Und orientieren sich die ausgebildeten FaBe beruflich weiter, so fassen sie grossmehrheitlich einen Sozialberuf – Sozialarbeiterin oder Sozialpädagogin – ins Auge. Das fällt nicht in die Leistungsgruppe 6000. Soweit die Förderungs-massnahmen aber die Gesundheitsberufe anvisieren, kann die KEF-Erklärung durchaus übernommen werden. Und der Regierungsrat ist auch damit einverstanden, im Sinne dieser Präzisierungen und Erwägungen eben, dass er mit dieser Aufgabe betraut wird, wie Sie sie hier formuliert haben.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 13 mit 109 : 62 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

14

*Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin
(Kaspar Bütikofer und Ornella Ferro)*

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Ich habe bereits in der Budgetdebatte einen ähnlichen Antrag gestellt. Und dass ich jetzt bei der Diskussion um den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan nochmals mit der Streichung der Leistungsgruppe 6300, Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin, komme, hat seinen Grund darin, dass wir jetzt am Anfang dieses kostspieligen Wettrüstens stehen, indem eben jetzt in die Spitzenmedizin investiert wird. Wir müssen, wenn wir hier aussteigen wollen, jetzt den Ausstieg beschliessen.

Zum Wettrüsten in die Hochspezialisierte Medizin habe ich anlässlich der Budgetdebatte bereits einiges gesagt und ich werde mich deshalb kurz halten. Hintergrund der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin ist das Interkantonale Konkordat über die Hochspezialisierte Medizin. In diesem Konkordat, dem auch der Kanton Zürich beigetreten ist, wurden die Spielregeln abgemacht, wie die Konzentration der Spitzenmedizin stattfinden soll. Und es wurden die Spielregeln festgemacht, wie dann die Zuteilentscheide an die Kantone gemacht werden sollen. Das Konkordat führt nun dazu, dass ein Wettrüsten zwischen den Hochschulkantonen entfacht wird, denn jedes Universitätsspital will natürlich seine spitzenmedizinische Position halten. Deshalb versucht jetzt jedes Universitätsspital im Vorfeld der Zuteilentscheide, sich Vorteile und einen technologischen Vorsprung zu verschaffen, damit dann das Universitätsspital oder die Universität die spitzenmedizinische Leistung an ihrem Standort erbringen kann. Dieses Wettrüsten hat nichts mit der normalen Forschung zu tun, denn diese erfolgt an der Uni im Rahmen des Globalbudgets, wird so finanziert, oder eben über die Staatsbeiträge an die Universitätsspitäler. Hier handelt es sich um ein Sonderprogramm und es handelt sich um ein reines Prestigeprogramm.

Es handelt sich um ein Prestigeprogramm, das sich der Kanton Zürich heute, in der angespannten finanziellen Lage, in der er sich befindet, nicht mehr leisten kann. Deshalb schlagen wir vor, dass diese Leistungsgruppe gestrichen wird. Im aktuellen KEF 2010 bis 2013 sind für die Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin 48 Millionen Franken eingestellt. Doch dies ist erst der Anfang. Wir können dem KEF entnehmen, dass bis zum Jahr 2018 200 Millionen Franken vorgesehen sind. Und es ist explizit geschrieben, dass dies nur für das Hauptprogramm gedacht ist. Also angesichts dieser hohen Ausgaben beantragen wir, dass diese Leistungsgruppe gestrichen wird, und zwar jetzt, bevor wir dann hohe Summen in den Sand setzen.

Gespannt bin ich noch auf die Reaktion der CVP. An der Neujaarsmedienkonferenz der CVP wurde gesagt – zumindest konnte man das in den Medien lesen, dass die CVP ein Augenmerk auf die Wetttrüsterei in der Spitzenmedizin richten werde. Ich bin jetzt gespannt, ob nach den Worten die CVP auch Taten folgen lässt. Danke.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Natürlich war bis vor kurzer Zeit die Hochspezialisierte Medizin, über die ganze Schweiz gesehen, ein Trauerfall. Jeder wollte überall dabei sein. Jeder wollte dem andern das Wasser abgraben. Und das hat man dann mit Verhandlungen, über die Universitätskantone im Wesentlichen, aber im Gesamten dann eben doch über die Konkordanz der gesamten Spitaldirektorenkonferenz, in bessere Bahnen lenken wollen. Das ist weitgehend gelungen, aber nicht so weitgehend, dass es dazu führt, dass schlussendlich eben der Universitätskanton Zürich mit der Uni Zürich in Zusammenarbeit auch mit der ETH hier eine Führungsrolle einnehmen muss. Wenn er das mit dem USZ (*Universitätsspital Zürich*) nicht tut, dann wird jegliche Grundlage auch den Universitäten entzogen, hier Spitzenleistungen in der Forschung zu erbringen. Und aus diesem Grund ist es gerade das Falscheste, was wir tun können von kantonaler Seite her, hier zu kürzen und hier Basis wegzunehmen, um sich in eine Position zu bringen, die diese Leistungen so erbringen kann, dass auch die Forschung an unseren Universitäten davon profitieren kann und sie im Umgekehrten eben wieder die Impulse zurückgeben. Das wird dann nicht nur zugunsten unseres Universitätsspitals, sondern auch unserer gesamten Spitallandschaft im Kanton Früchte tragen. Es wäre falsch, wenn wir hier den Hebel ansetzen. Wo der Hebel angesetzt werden muss – das ist ja in Kürze auch wieder vor uns –, das ist in der gesamten Spitalplanung. Es wird immer noch – und hier rede ich jetzt nicht von der Spitzenmedizin – allzu viel an allzu vielen Orten zu machen versucht. Und wenn wir das nicht in den Griff bekommen, dann wird das wiederum eine Steigerung der Gesamtgesundheitskosten zur Folge haben.

In der Spitzenmedizin bleibt uns im Kanton Zürich aber nichts anderes übrig, als diese Stellung zu halten und hier ganz klar Signal zu geben, dass wir den Spitzenplatz auch in Zukunft mit den nötigen Investitionen werden halten müssen. Ich bitte Sie deshalb, diese Erklärung abzulehnen.

Urs Lauffer (FDP, Zürich), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Die KSSG hat diesen KEF-Antrag ordentlich beraten. Das ist uns deshalb nicht besonders schwer gefallen, weil er in der Stossrichtung identisch ist mit jenem, den wir bei der Budgetberatung zu diskutieren hatten. Wir sind in einer überwiegenden Mehrheit der KSSG weiterhin der Meinung, dass es hier nicht um ein unnötiges Wettrüsten in der Spitzenmedizin geht, sondern um die notwendigen Ausgaben, die der Kanton Zürich in der Hochspezialisierten Medizin zu treffen hat. Diese Ausgaben liegen ganz eindeutig im Interesse des Kantons und insbesondere der Universitätsspitäler. Deshalb beantragen wir Ihnen mit 13 zu 2 Stimmen, diese KEF-Erklärung abzulehnen.

Oskar Denzler (FDP, Winterthur): Die FDP-Fraktion wird diesem Ablehnungsantrag zustimmen. Für den Wirtschaftsstandort Zürich ist die optimale Ausgestaltung der Infrastruktur und der Angebote in der Hochspezialisierten Medizin sehr wichtig. Dies sichert Arbeitsplätze und kann sich direkt und indirekt durchaus auch positiv auf die Staatsfinanzen auswirken. Der Kanton Zürich mit seiner gut ausgebauten und technisch qualifizierten Infrastruktur ist geeignet, eine führende Rolle in der Schweiz und in Europa einzunehmen. Der Entwicklungsschwerpunkt verlangt ja kein Wettrüsten, sondern will die vorhandenen Ressourcen besser koordinieren, auch im Sinne der Kosteneffizienz und der Qualität, indem seltene Eingriffe möglichst an einem Ort mit angemessenen Fallzahlen durchgeführt werden. Dies kostet Geld, wird aber auch einen Return on Investment bringen. In der Hochspezialisierten Medizin darf sich der Kanton Zürich selbst in Zeiten der Geldknappheit und der Finanzkrise durchaus eine etwas forsche Gangart leisten, sonst werden es andere tun.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Das Konkordat der beteiligten Kantone der Hochspezialisierten Medizin ist mit Sicherheit kein Glanzpunkt im Gesundheitswesen, aber immer noch besser als die Alternative; eine Alternative, die darin besteht, dass mindestens jeder Kanton mit einem Universitätsspital unkoordiniert Spitzenmedizin betreibt. So betrachtet ist das Konkordat, das im Jahr 2008 verabschiedet wurde, mindestens ein kleiner Fortschritt hin zu hoffentlich bald gesamtschweizerischer Planung der Hochspezialisierten Medizin. Den Kanton Zürich in der Vorbereitung, Ausgestaltung und innerhalb des Konkordates durch

Mittelentzug zu schwächen, ist unverantwortlich. Zur Spitzenmedizin gehören Lehre und Forschung. Diese müssen weiterhin von der öffentlichen Hand organisiert und finanziert werden. Wenn wir Zürich als einen Standort schwächen, fördern wir die Zweiklassenmedizin. Gegen die Zweiklassenmedizin aber wehren wir uns von der SP mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Noch ein Wort zur Aufrüstung: Dieses Wort gehört in den Krieg und nicht in die Medizin. Und zudem, wenn wir mit 50 Millionen Franken tatsächlich bei der Spitzenmedizin so weit kommen würden, wie Kaspar Bütikofer gesagt hat, dann hätten wir ganz viele Probleme nicht mehr. Ich danke Ihnen.

Ruth Kleiber (EVP, Winterthur): Die AL und die Grünen wollen kein Wettrüsten der Spitäler in der Spitzenmedizin. Wettrüsten hat als Wort einen negativen Touch, es wurde bereits gesagt. Man müsste also für die Erklärung sein. Die EVP-Fraktion lehnt jedoch diese Erklärung ab. Grund: Die Spitäler müssen eigenverantwortlich handeln können, nach den neusten Erkenntnissen und auch mit modernen Technologien. Investitionen in Hochspezialisierte Medizin sind kein Wettrüsten. Es muss laufend in die Hochspezialisierte Medizin investiert werden. In einem reichen Land wie der Schweiz ist der Staat seinen Bürgern dies schuldig, für ein optimales Gesundheitswesen zu sorgen. Wir alle hier drin sind froh, sollten wir mit einer schweren Krankheit ins Spital müssen, wenn das Spital gut gerüstet ist und auf dem modernsten Stand die Behandlung angesetzt werden kann.

Ornella Ferro (Grüne, Uster): Schon bei der Zustimmung zum Interkantonalen Konkordat haben wir auf das Wettrüsten hingewiesen und nun bewahrheitet es sich. Obwohl alle damals gesagt haben – ich höre es heute auch wieder –, es gehe nicht darum, aufzurüsten, es gehe nur darum, den Stand zu halten, damit der Kanton Zürich die Stellung im Vergleich zu den anderen Kantonen beibehalten kann. Es geht immer um die Spitzenposition des Kantons Zürich. Ich habe auch nichts dagegen. Ich habe auch nichts dagegen, dass Forschung betrieben wird und dass wir eine gute Gesundheitsversorgung haben. Die Frage ist einfach: Wie viel Geld investieren wir? Sie sparen bei allem, wir haben es heute wieder gesehen, und da spreche ich jetzt zu den Bürgerlichen. Es wird überall gestrichen, aber bei der Hochspezialisierten Medizin kann es nicht genug Geld geben. Es geht um 200 Millionen

Franken bis 2018, das sind nicht einfach Peanuts. Und unsere Gesundheitsversorgung ist gut. Sie ist gut! Und beklagen Sie sich bitte nicht immer darüber, dass sie immer teurer wird. Das wird sie nämlich genau dadurch, dass Sie so viel Geld investieren wollen und die Medizin mit all dieser Technik halt auch immer mehr kostet. Dann bitte schön, dann aber keine Klagen! Und darum sagen die Grünen und die AL Nein. Ja zur Hochspezialisierten Medizin, aber zusammen mit den anderen Kantonen und nicht einfach nur der Kanton Zürich! Und wenn schon Sparen, dann bitte hier und nicht bei anderen Stellen, wo es dann einfach um ein paar Hunderttausend Fränkli geht. Danke schön.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich kann schon noch mal betonen, dass es schon ein bisschen peinlich ist, was die bürgerliche Seite da macht. Sie kaschieren einfach, dass es um einen Wettbewerb geht. Und ich kann ein bisschen nachvollziehen, dass Sie uns den Vorwurf machen, dass es jetzt zu spät ist. Ja, es ist spät. Weil wir diesem Konkordat zugestimmt haben, sitzen wir jetzt in der Falle. Dieser Wettbewerb kostet uns ein Heidengeld – mit unsicherem Ausgang. Wir wissen nicht, ob wir dann den Zuschlag bekommen. Und was machen wir dann? Zurückbauen, abbauen? Dann passiert die Forschung halt eben in Bern und wir machen dann doch auch noch etwas. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Hochspezialisierte Medizin, das muss ich einfach richtigstellen. Aber wir sind dagegen, dass jede Sparte, jede Abteilung aufgerüstet wird, egal, ob nachher der Zuschlag tatsächlich kommt oder nicht. Und da sitzen wir jetzt in der Falle und da sind Sie sehr locker. Da gehen Sie locker um mit dem Geld und sagen: «Ja, das müssen wir jetzt halt und es macht ja nichts.» Aber es ist ein Fass ohne Boden, das wissen Sie so genau wie wir. Es ist ja nicht so, dass wir nur die Maschinen kaufen müssten. Für die Maschinen braucht es grössere Häuser, es braucht das dazu passende Personal. Ja, es ist ein Fass ohne Boden, und wir sitzen drin. Und Sie sind da sehr, sehr tolerant. Ich bin nicht sicher, ob Sie da alles richtig verstanden haben (*Heiterkeit*). Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 14 mit 144 : 23 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.

Die Beratung wird unterbrochen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Ich schalte hier die Mittagspause ein. Wir fahren weiter mit der KEF-Erklärung Nummer 15. Dann geht es weiter mit KEF-Erklärung Nummer 27, wie angekündigt. Und dann nach Nummer 27 kommen die KEF-Erklärungen Nummern 10 und 11. Wir fahren also weiter mit der Gesundheitsdirektion.

Ich wünsche Ihnen «En Guete».

9904

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 25. Januar 2010

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 1. Februar 2010.